



metallzeitung

MITGLIEDERZEITUNG DER IG METALL | JAHRGANG 62 | D 4713

WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 6

Sparpläne
auf Abwegen

ARBEIT

SEITE 12

Rechtliches in
der Probezeit

CHANCEN

SEITE 26

Englisch lernen:
Yes you can

BEZIRK

SEITE 28



SAUBERE ENERGIE –
SCHMUTZIGE
Arbeitsbedingungen

VORSICHT! EPOXIDHARZ BEI BARD IN EMDEN:

ZU RISIKEN UND NEBENWIRKUNGEN LIES BITTE DIE TITELGESCHICHTE
AUF DEN SEITEN 18 BIS 21 ODER FRAG DEINE IG METALL.

Aktuell

Sparpläne der Bundesregierung: Falsche Zeit, falsche Stelle – die Bundesregierung hat ihr Sparprogramm vorgelegt und erntet Kritik von allen Seiten. Auch die Wissenschaft warnt vor einseitigem Sparen bei unteren Einkommen. Das Sparpaket droht zum Spalt-Paket zu werden. **Auf Seite 6 »**

Arbeit

Probezeit: Nicht nur Beschäftigte treten eine neue Arbeitsstelle mit konkreten Erwartungen an. Auch Vorgesetzte haben Ansprüche an den »Neuen«. Ob der neue Chef einen ohne Grund gleich wieder vor die Tür setzen darf, erklärt das »Recht so«. **Auf Seite 12 »**

Titelthema

BARD: Windenergie hat ein sauberes Image. Dazu passen aber die schmutzigen Arbeitsbedingungen nicht. Beschäftigte werden in Sachen Gesundheitsschutz unzureichend geschult.



Und: Trotz gleicher Tätigkeit erhalten sie unterschiedliche Schutzausrüstungen wie man auf dem Titelfoto gut erkennen kann.

Auf den Seiten 18 bis 21 »

Leben

Erfolg bei Hewlett-Packard: Lange waren Metaller bei Hewlett-Packard eine ausgegrenzte Gruppe. Durch konsequente Arbeit kam jetzt der Umschwung zugunsten deutlicher Mehrheiten in den Betriebsratsgremien. Das ist auch das Verdienst von Günter Hornung, Metaller und Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats. **Auf Seite 23 »**

Chancen

Englisch lernen: Mit besseren Englisch-Kenntnissen beruflich weiterkommen: Nicht jeder muss dafür gleich einen Intensiv-Sprachkurs im Ausland machen. Oft reichen kostenlose Angebote im Netz oder Kurse an der VHS. Ein Überblick. **Auf Seite 26 »**

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber,
Dettef Wetzel, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Leser-Telefon:
0800-446 38 25

Montag bis Freitag:
9:00 Uhr bis 16:00 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund
(verantwort. i.S.d.P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe
Redaktion: Volker Beck, Dirk Erb,
Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Beate Albrecht,
Marion Brunsfeld

www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Reinhold Weißmann,
Telefon: 069-66 93-22 24,
Fax: 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de
Anzeigen: Petra Wedel,
Telefon: 06151-81 27-0
Fax: 06151-89 30 98,
E-Mail: info@zweiplus.de

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an:
metallzeitung@igmetall.de

Titelbild: Olaf Jandke / carofoto.com

Kurswechsel für Deutschland – Die Lehren aus der Krise

metallzeitung 6/2010,

Titelthema

»Endlich legt mal ein bekannter, führender Vertreter der Arbeitnehmer seine Meinung über den Marktradikalismus und seine Vorstellung zur Überwindung allgemeinverständlich dar. Die meisten Zukunftsabhandlungen von Wissenschaftlern sind der Allgemeinheit nicht zugänglich und auch nicht für Jedermann geschrieben. Berthold Hubers Buch kann jeder verstehen. Was mir allerdings fehlt, ist ein Zeitrahmen für die Umsetzung des Kurswechsels und konkrete Wege der Umsetzung. Denn wenn die Marktradikalen so weitermachen, wird ein Kurswechsel bald überhaupt nicht mehr möglich sein.«

Dieter Schmiere, Leipzig

»Für einen nachhaltigen Kurswechsel in den Unternehmen reicht es nicht aus, Prozesse und Organisationen effizienter zu gestalten, sondern dazu gehören vor allem motivierte Menschen, die nicht ständig an ihren Leistungsgrenzen arbeiten sowie aufrichtige Wertschätzung erfahren dürfen. Dabei aber auch leistungsgerecht entlohnt werden. Führungskräfte müssen diese Mitarbeiter wertebasiert leiten. Wir dürfen uns auch auf keinen Fall allein über die Leistung definieren. Ein Kurswechsel beginnt in einer Belegschaft, in der sich jeder authentisch in diese Gemeinschaft einbringt. Wirksame Demokratie mit uneingeschränkter Mitbestimmung ist das Fundament dafür. Ein auf Demokratie konditioniertes Unternehmen mit der für die Beschäftigten spürbaren Balance zwischen Gewinnstreben und sozialer Verantwortung wird ungeahntes Optimierungspotenzial entwickeln.«

Dietmar Horak, Hamm

»Ich habe das Buch von Berthold Huber gelesen. Seinen Thesen stimme ich voll und ganz zu. Aber warum zieht der IG Metall-Vorstand aus der Wirklichkeit nicht die richtigen Schlussfolgerungen? Er gebärdet sich weiter als willenloses Anhängsel der SPD. Wir dürfen nicht vergessen, dass es die SPD gewesen ist, welche den größten Sozialraub der bisherigen deutschen Geschichte begangen hat. Jetzt steht ein weiterer Sozialraub bevor. Wieder höre ich – wie bei der Einführung der Hartz-Gesetze: Wir werden uns zur Wehr setzen. Ich erwarte von meiner IG Metall, dass sie sich sehr energisch für die Umsetzung dieses Versprechens einsetzt. Desweiteren erwarte ich, dass die IG Metall für einen wirklichen Kurswechsel eintritt und sich endlich vom SPD-Schoßhündchen zu einem Terrier entwickelt.«

Wilfried Freier, per E-Mail

Andere Erfahrung gemacht

metallzeitung 6/2010,

Mehr Zeit fürs Kind

»In dem Artikel schreibt ihr, dass man bei Kurzarbeit Kinder und Beruf einfacher unter einen Hut bringen kann. Das kann ich absolut nicht bestätigen. Meine Tochter hat drei Kinder, 1, 5, 7 Jahre alt, also Kindergarten, Schule mit unterschiedlichen Abholzeiten sowie ein Baby. Da mein Schwiegersohn Wechselschicht hatte, konnte sie immer mit ihrer Chefin abstimmen, wann Papa da ist und sie arbeiten gehen kann. Die Chefin muss allerdings möglichst früh Bescheid wissen. Als die Kurzarbeit kam, musste Papa sich plötzlich ständig zur Verfügung halten, und manchmal vom einen auf den anderen Tag arbeiten, immer zu anderen Schichten. Auch wurde er plötzlich für Weiterbildungen eingeteilt, womit er manchmal am Tag nach dem Anruf schon beginnen musste. Unsere Erfahrung ist also, dass Kurzarbeit alles nur komplizierter macht!«

Ulrike Klein, per E-Mail

Gegen Kopfpauschale**metallzeitung 3/2010,****Viel getan für Apotheker und Ärzte**

»Wir Frauen in Deutschland bekommen 23 Prozent weniger Entgelt als die männlichen Kollegen. Doch es wird noch schlimmer kommen, wenn sich Gesundheitsminister Rösler mit der Kopfpauschale durchsetzen sollte. Die Mehrheit der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen und haben von daher schon wenig Geld zum Leben. Durch die Kopfpauschale würden gerade auch Frauen überdurchschnittlich belastet werden.«

Monika Weidmann, Waldenburg**Enttäuscht und verärgert****metallzeitung 6/2010,****Fürs Alter vorsorgen**

»Ich habe von 2002 bis 2006 eine Bruttoumwandlung mit dem jährlichen Höchstbetrag vornehmen lassen. Der Vertrag wurde mir mit dem Argument schmackhaft gemacht, dass ich bei Auszahlung der Versicherung wesentlich weniger Steuern zahlen muss als in meinem Arbeitsleben. Zwischenzeitlich wurde dann das Gesetz so geändert, dass ich bei der Auszahlung auf den vollen Betrag Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zahlen muss. Dazu kommt, dass ich trotz der Entgeltumwandlung immer über der Beitragsbemessungsgrenze lag und immer die vollen Versicherungsbeträge gezahlt habe. Ich muss nun als Rentner zwar weniger Steuern zahlen, dafür aber die zusätzlichen Versicherungsbeiträge. Für mich war das Ganze ein ärgerliches Minusgeschäft.«

Horst Bolting, Rastede**FRAGE UND ANTWORT**

Mit Interesse verfolge ich die Kampagnen der IG Metall. Der Internetlink zu »Gemeinsam für ein Gutes Leben« funktioniert jedoch nicht mehr. Wo finde ich nun die Informationen?

Irene Schneyder, per E-Mail

Gutes Leben

IG Metall schafft sozialen Zusammenhalt

Neuer Ort, neue Inhalte: die Seite www.gutes-leben.de

Antwort der Redaktion:

Die Internetseite www.gutes-leben.de funktioniert noch. Sie ist aber »technisch umgezogen« und wurde in den Hauptinternetauftritt www.igmetall.de integriert. Wer sich eine Unterseite von »Gutes Leben« als Favoriten/Lesezeichen gespeichert hatte, der klickt tatsächlich ins Leere. Den Link also erneut abspeichern. Das lohnt sich, denn diese Seite bietet den Überblick über die Kampagne, Analysen, informative Grafiken und viel neues Material. Und natürlich die Forderungen und die laufenden Aktionen der IG Metall. ■

GEWONNEN HABEN**Mai-Rätsel**

Lösungswort: Arbeit durch Innovation

Erster Preis: Maximilian Biber, Mörsheim

Zweiter Preis: Karl-Michael Lang, Hardheim

Dritter Preis: Heike Ostendorf-Laabs, Nordenham

Die Regierung stellt die Weichen falsch

KURS ÄNDERN

Das Sparpaket der Bundesregierung ist ungerecht. Anstatt die Verursacher der Krise zur Kasse zu bitten, wird vor allem bei Arbeitslosen und Familien gekürzt.

Selten war die Ablehnung so einmütig. Bis weit in die Union hinein stößt das Sparpaket der Bundesregierung auf Kritik. Das hat zwei wesentliche Gründe. Erstens: Es ist sozial ungerecht. Das Sparpaket bedeutet Kürzungen bei Arbeitslosen, Familien und staatlichen Investitionen. Es geht frei nach dem Motto »Die Armen zahlen die Zeche, die Reichen bleiben ungeschoren«. Um die Einschnitte durchzusetzen wird den Menschen zu Unrecht vorgeworfen, sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt. Mit dieser falschen Deutung der Schuldenkrise versuchen Marktradikale und Neoliberale wieder Oberwasser zu bekommen. Und beschließen ein Sparpaket, das zum Spaltpaket zu werden droht. Wir informieren darüber ab Seite 6.

Krise bekämpfen. Diese wichtige Aufgabe wird mit dem Sparpaket der Bundesregierung nicht gelingen. Die Haushaltslöcher, die die Bundesregierung jetzt stopfen will, sind durch die Krise erst entstanden. Sie wurde durch Zockerei an den Finanzmärkten verursacht. Mit staatlichen Finanzhilfen und Bürgschaften wurden Banken gerettet und der Finanzkreislauf in Gang gehalten. Ohne diese Unterstützung, also ohne die Gelder von uns Steuerzahlern, hätten Aktionäre und Vermögende ihr Guthaben verloren. Damit nicht weiter Steuerzahler für Spekulanten haften müssen, wäre es nur recht und billig,



Foto: Volker Beck

IG Metall-Vorsitzender Berthold Huber bei einer Kundgebung der Opel-Beschäftigten vor der Frankfurter Börse.

wenn sich Besserverdiener mit einer Vermögensabgabe angemessen beteiligen würden. Aber danach sucht man beim Sparpaket ebenso vergeblich wie nach konsequenten Maßnahmen gegen Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten. Dazu würde sich für unsere Regierungsvertreter ein Blick in die *metallzeitung* lohnen. Auf den Seiten 8 und 9 plädiert mit Torsten Windels, Chefvolkswirt der Norddeutschen Landesbank in Hannover, ein renommierter Bankenvertreter ebenfalls für staatliche Regulierungen.

Es ist also überfällig, den Regierungskurs zu ändern. Dafür wird die IG Metall weiter Druck machen. Mit guten Argumenten ebenso wie mit Protestaktionen und Demonstrationen im Herbst. Wir bleiben dran, weil es um nichts weniger geht als um unsere Zukunft. ■

BILD DES MONATS

Viele gelbe Bälle

In den letzten zwei Jahren ging im Südwesten die Zahl der Ausbildungsplätze um 15 Prozent zurück. Und nur noch rund ein Viertel der Auslerner wird unbefristet übernommen. Kein Wunder, dass rund 6000 Teilnehmer beim Jugendaktionstag der IG Metall Baden-Württemberg in fünf Städten des Landes auf die Straße gingen. In Aalen, Friedrichshafen, Offenburg, Rastatt und Stuttgart (Bild) lautete der gemeinsame Slogan: »Show Balls!«. Auf den gelben Bällen standen die Forderungen der Jugend: gute Ausbildung, Übernahme, Zukunftsperspektiven. Gleichzeitig verwandelten sich in allen fünf Städten die Kundgebungsplätze in ein Meer von gelben Bällen. Alle Aktiven der IG Metall waren zufrieden. Auch Christian Schwaab, Stellvertretender Vorsitzender der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung in Rastatt bei Daimler zog erfreut Bilanz: »Den Azubis hat die Aktion total gut gefallen, es war ein absolut geiler Tag!«

Opfer der Krise. Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, sagte in Stuttgart: »Die Jugend ist das erste Opfer dieser Krise.« Die Jugend werde um ihre Lebens- und Arbeitsperspektiven betrogen. »Damit muss endlich Schluss sein«, fordert Wetzel. Die Themen der Jungen werden in den kommenden Monaten und Jahren ein Schwerpunkt sein. Wetzel: »Junge Generation und IG Metall – da geht was.« ■

uli.eberhardt@email.de

Weitere Bilder und Infos:

 www.bw.igm.de



Foto: Jo Roetgers / graffiti-foto.de



Opel ist kein Hotel

GENERAL MOTORS

Die Opelner sind erleichtert, dass die Hängepartie endlich zu Ende ist. Aber wütend auf Minister Brüderle, der Hilfen für Opel verweigert hatte.

Die Opelner atmeten erst einmal auf, als die Opel-Mutter General Motors (GM) versprach, sie würde die Verträge, die sie mit den Arbeitnehmern und der IG Metall geschlossen hat, einhalten. Darin sagt GM zu, alle vier deutschen Standorte zu erhalten und Investitionen zu finanzieren. Dafür verzichten die Beschäftigten zeitweise auf Teile des Entgelts: 265 Millionen im Jahr. Die Verträge sind »rechtsverbindlich und bleiben gültig«, stellte auch Opel-Konzernbetriebsratsvorsitzender Klaus Franz klar.

Die Skepsis bleibt. Trotzdem bleibt »jede Menge Skepsis«, sagt Rainer Eienkel, Betriebsratsvorsitzender in Bochum. Gelingt die geplante Umstrukturierung nicht, wer garantiert dann, dass

GM nicht frühere Planspiele wieder hervorkramt, die Standort-schließungen vorsahen?

Für Unsicherheit hatte vor allem Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) gesorgt. »Er hat das wichtigste Pfund, mit dem die Politik Einfluss nehmen kann, leichtfertig verschenkt«, klagt Eienkel. Das kritisiert auch die IG Metall. Hätte die Regierung zugesagt, Kredite für Opel mit einer staatlichen Bürgschaft abzusichern, »wäre das die beste Arbeitsplatzgarantie gewesen«, sagt Sabine Maaßen, Metallerin im Opel-Aufsichtsrat.

»Wir gehören eben nicht zum Finanzkapital oder zum Hotelgewerbe«, kommentiert Eienkel bitter. »Sonst wäre uns Staatshilfe sicher gewesen.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

PFLAUME DES MONATS

Vom Finanz-Schiri gefoult

Fußballweltmeisterschaft. Die deutsche Mannschaft steht im Finale und bekommt einen Elfmeter. Müller schießt, trifft und? Kein Tor! Der Schiedsrichter entscheidet auf Abseits. Ausgeschlossen, kann ja gar nicht sein? Im Fußball sicher. Zumindest wenn der Schiedsrichter das Stadion in einem Stück verlassen will. Möglich ist sowas nur auf dem Finanzmarkt.

Da ändern selbsternannte Schiedsrichter – auch bekannt als Ratingagenturen – schon mal die Regeln im laufenden Spiel. Obwohl die Pleite-Griechen das Sparen gelobten, bekamen sie von der Rating-Agentur Moody's trotzdem eins auf den Deckel: Griechische Staatsanleihen sind nur noch Ramsch wert, denn das Sparpaket könnte den Aufschwung abwürgen, entschied der Moody-Finanzschiri. Ob die Griechen wissen, wo Moody's Auto steht? ■



Illustration: moonrun / Fotolia.com

ZAHLEN UND FAKTEN

12

Mehr Geld für Urlaub

In zwölf Prozent aller Betriebe, die unter der Krise zu leiden hatten, gab es im vergangenen Jahr weniger Urlaubsgeld. Das erbrachte eine Erhebung des DGB-Instituts WSI. Dieses Jahr ist das tarifliche Urlaubsgeld in neun Branchen gestiegen, zum Beispiel in der Metallindustrie um über 30 Euro. Metall gehört neben Holz und Kunststoff zu den Branchen mit dem höchsten Urlaubsgeld. ■

184

Waffen krisenfest

Trotz Finanzkrise haben die Staaten 2009 rund 5,9 Prozent mehr für Rüstung ausgegeben als ein Jahr zuvor: 1,25 Billionen Euro. Das sind 184 Euro pro Kopf der Weltbevölkerung. Allen voran die USA. Die Zahlen hat das Stockholmer Friedensinstitut Sipri veröffentlicht. Deutschland, auf Platz 7, zählt zu den wenigen Ländern, die ihre Militärausgaben in den letzten Jahren gekürzt haben. ■

80

Teure Gesundheit

In den USA gehen 80 Prozent aller privaten Insolvenzen auf das Konto von Erkrankungen. Denn selbst Menschen, die eine Krankenversicherung haben, sind oft unterversichert und müssen Kosten zum Teil selbst tragen. Eine schwere Krankheit kann in den Ruin treiben. ■



Foto: Hannibal / dpa / pa

Im Zentrum der Kritik – das Sparpaket der Bundeskanzlerin und ihrer Regierung kommt nicht gut an.

Das Spalt-Paket

SPARPLAN | Soviel Einigkeit herrschte selten. Das Sparpaket der Bundesregierung kritisieren nicht nur Opposition, Kirche und Gewerkschaften. Sogar Unions-Politiker vermissen die soziale Balance. Wer bei Familien und Arbeitslosen spart, würgt nicht nur die Konjunktur ab. Er spaltet auch die Gesellschaft.

Nun hat es die Bundesregierung schriftlich: Sie spart an der falschen Stelle. Diesen Schluss ziehen Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin aus einer Studie zu Armut und Reichtum in Deutschland. Danach nimmt seit zehn Jahren nicht nur die Zahl der Reichen und Armen zu, auch die Einkommensschere zwischen beiden Gruppen geht weiter auseinander.

Ein Grund: Die Reichen werden nicht nur mehr, sie werden auch reicher. Angesichts dieser Entwicklung fragen sich die Forscher, warum die Bundesregierung nicht von dieser Gruppe einen Beitrag für ihr Sparpaket holt. Nach allem, was bisher bekannt ist, will sie vor allem bei den unteren Einkommen sparen. Damit könnte sie den Trend, den das DIW beobachtet, noch verschär-

fen und die Gesellschaft weiter auseinanderdriften lassen.

Als die Koalition ihr 80-Milliarden-Paket vorstellte, hagelte es Kritik von allen Seiten, auch aus den eigenen Reihen. Selbst Unions-Politiker vermissen die soziale Balance. Das dickste Sparpaket bürdet die Regierung Arbeitslosen und Familien auf. Rund 30 Milliarden Euro will sie bis 2014 bei den Sozialausgaben sparen. Gestrichen werden unter anderem der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld und das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger. Weitere 13 Milliarden Euro will die Regierung vor allem durch Stellenstreichung und Gehaltskürzungen in der Verwaltung sparen.

Die christlich-liberale Koalition will den Haushalt bis 2014 um insgesamt 80 Milliarden Euro entlasten. Ziel ist es, die selbst



WISSEN

Sparpaket zum Nachlesen

Wo die Bundesregierung wieviel sparen und welche Abgaben und Steuern sie erhöhen will, steht in »Wirtschaft aktuell«. Auf zwei Seiten gibt es die wichtigsten Zahlen, und Interpretationen, was diese für die wirtschaftliche Entwicklung bedeuten.

► www.igmetall.de → Publikationen → Wirtschaft aktuell

Umverteilung gerecht

Würde die Bundesregierung folgende Steuern erhöhen oder einführen, könnte sie etwa 70 Milliarden Euro mehr einnehmen.

- + **Finanztransaktionssteuer**
- + **Vermögenssteuer**
- + **Gerechtere Erbschaftssteuer**
- + **Kapitalertragssteuer** nach persönlicher Leistungsfähigkeit
- + **Höhere Spitzensteuersätze**
- + **Offensiverer Steuervollzug**
- + **Gemeindewirtschaftssteuer** zugunsten der Kommunen

■ **70 Milliarden Euro** Mehreinnahmen

Quelle: DGB

gezogene Schuldenbremse einzuhalten und den Euro zu stabilisieren. Dieser befindet sich zwar seit Wochen auf Tal-fahrt, allerdings sehen nicht alle darin ein Drama. Einige Experten halten ihn noch immer für relativ hoch bewertet, und die deutsche Exportwirtschaft dürfte von einem niedrigen Kurs profitieren. Denn im Ausland werden ihre Produkte billiger.

Auf dem Holzweg. Gegen einen soliden Staatshaushalt hat Berthold Huber gar nichts einzuwenden. Doch mit ihren jetzigen Vorschlägen befindet sich die Koalition nach Ansicht des IG Metall-Vorsitzenden auf dem Holzweg. »Wir stecken noch mitten in der Krise und aus der können wir uns nicht herausparen.«

Statt bei Familien zu streichen fordert er, die Verantwortlichen zur Kasse zu bitten. Laut Deutscher Bundesbank kostete die Finanzmarktkrise die öffentlichen Haushalte allein für 2008 und 2009 etwa 98 Milliarden Euro. Damit geht mehr als die Hälfte der Neuverschuldung auf das Konto der »Bankenrettung«. Doch ausgerechnet sie kommen relativ ungeschoren davon. Zwei Milliarden Euro soll der Finanzsektor durch höhere Abgaben beitragen, und das auch erst ab 2012.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kritisiert zudem, dass der Staat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich selbst verarmt hat. Seit den 80er-Jahren wurden Steuern auf hohe Einkommen und für Unternehmen regelmäßig gesenkt. Statt sich das Geld nun bei Familien und Arbeitslosen zurückzuholen, fordert die IG Metall höhere Steuern auf Vermögen und hohe Einkommen sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Das Sparen könnte sich die Regierung dann sparen (siehe Grafik). ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

RECHT NAH DRAN

Nach sieben Jahren: Tinnitus als Berufskrankheit anerkannt

»Pfeifen im Ohr« – bis zu 60 Prozent aller Menschen leiden in Deutschland irgendwann einmal unter Ohrgeräuschen (Tinnitus). Jeder Fünfte hört dauerhaft Brumm- oder Pfeiftöne, ein Zischen, Rauschen, Knacken oder Klopfen. In Deutschland leiden fast genauso viele unter Tinnitus wie unter Diabetes. Die Krankheit tritt normalerweise zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr auf, aber inzwischen erkranken auch viele Jüngere. Zwischen Ursache und Ausbruch können mehrere Jahre liegen.

Ohne Schutz. So auch im Fall von Metaller Manfred Krenzer. Als junger Mensch absolvierte er eine Ausbildung als Schlosser. Ohne Gehörschutz ging es Schlag auf Schlag: Eisen – Amboss – Eisen – Amboss. Sein Ausbildungsmeister legte großen Wert auf den Amboss-Zwischenschlag. Das macht auf Dauer kein Ohr mit. Auch im späteren Berufsleben war Krenzer dem Lärm ungeschützt ausgesetzt. Nach mehr als 15 Jahren wurde sein Gehör immer schlechter, der zunehmende Tinnitus zwang Krenzer in

den Vorruhestand. Nach mehreren Kur- und Krankenhausaufenthalten war klar: erwerbsunfähig durch Tinnitus.

Mit Ausdauer. Trotzdem benötigte Krenzer Ausdauer. Von der Verdachtsanzeige seiner Erkrankung bis zur Anerkennung durch die Berufsgenossenschaft (BG) vergingen sieben lange Jahre. In dieser Zeit führte er einen Prozess gegen die Berufsgenossenschaft und wurde zu zahlreichen BG-Gutachtern geschickt. »Ablehnen und klagen, das rate ich jedem. Wer nicht kämpft, hat schon verloren«, beschreibt der Metaller seine Motivation. Er lehnte die BG-Ärzte ab und ging zu Spezialisten, die ihm von der Betriebsärztin empfohlen wurden. Die Beharrlichkeit zahlte sich aus. Am Ende gab die BG nach, rückwirkend bekam er eine Berufsunfähigkeitsrente.

Als Metaller konnte Krenzer den für Mitglieder kostenlosen Arbeits- und Sozialrechtsschutz in Anspruch nehmen. »Ich bin der Verwaltungsstelle Herborn für ihre Unterstützung sehr dankbar«, lobt Krenzer. ■

Volker.Beck@igmetall.de

Bessere Bildung für alle

Moderne Ausstattung der Hochschulen, mehr Zeit für den Bachelor, freier Zugang zur Bildung für alle ohne Gebühren und die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung – all das sollte selbstverständlich sein. Vor allem für eine von Kanzlerin Merkel ausgerufenen »Bildungsrepublik«.

Die Realität sieht anders aus: Noch immer studieren vor allem Akademiker-Kinder, Studienge-

bühren schrecken vor allem Arbeiter-Kinder ab, viele Studierende müssen nebenher arbeiten, um sich ihr Studium zu finanzieren (siehe Seite 8) und Azubis werden befristet übernommen.

Am Aktionstag am 9. Juni demonstrierten, unterstützt von der IG Metall, mehr als 85 000 Schüler, Studierende und Azubis für bessere Bildung für alle.

► www.bildungsstreik.net

IN KÜRZE

Geld fürs Praktikum

Ein erster Schritt für eine angemessene Bezahlung und Versicherung von Praktikanten ist gemacht: Der Beschäftigungs- und Sozialausschuss des Europaparlaments hat dazu einen Initiativbericht verabschiedet, spricht sich also für entsprechende Gesetzesänderungen aus. Europäische Sozialdemokraten hatten das Anliegen forciert. ■

Metaller an der Spitze

Hans Fischl ist seit Ende Mai der Kopf des Konzern-Betriebsrats der Continental AG. Erstmals steht damit ein Metaller an der Spitze der Interessenvertreter von 45 000 Beschäftigten des großen Autozulieferers. Die IG Metall-Vertretung bei Conti hat starken Zuwachs, da seit 2007 die ehemalige Siemens VDO zum Konzern gehört. ■



Hans Fischl ist der neue Betriebsratschef bei »Conti«.

Arbeitsschutz retten

Die Stoiber-Kommission hat Vorschläge zum Bürokratieabbau in Europa gemacht. Herausgekommen ist dabei auch ein Angriff auf den Arbeitsschutz (wir berichteten in 1/2010). Der Artikel in der metallzeitung gab den Anstoß für einen Initiative, die die Stoiber-Vorschläge zum Arbeitsschutz verhindern will. ■

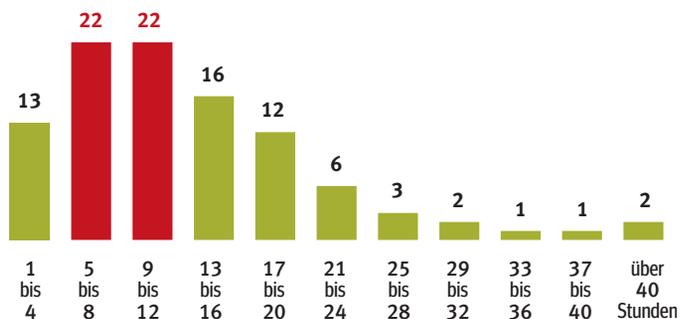
Zur Diskussion hier lang:

► arbeitsschutz.policast.eu

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Jobben statt studieren

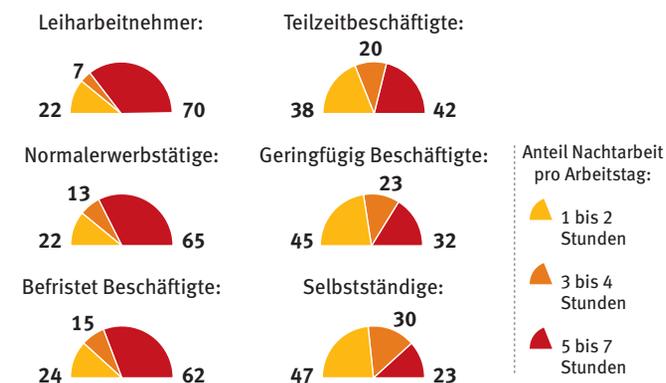
Viele Studierende finanzieren ihr Studium mit Nebenjobs. 44 Prozent aller erwerbstätigen Studenten arbeiten zwischen fünf und zwölf Stunden pro Woche. (Angaben in Prozent)



Quellen: Deutsches Studentenwerk / Hans-Böckler-Stiftung 2010

Leiharbeit ist häufig auch Nachtarbeit

Unter Nachtarbeit versteht man die Arbeitszeit von 23 bis 6 Uhr – vor allem Leiharbeiter sind davon betroffen. Zwei Drittel aller Nachtarbeiter sind Männer. (Angaben in Prozent)

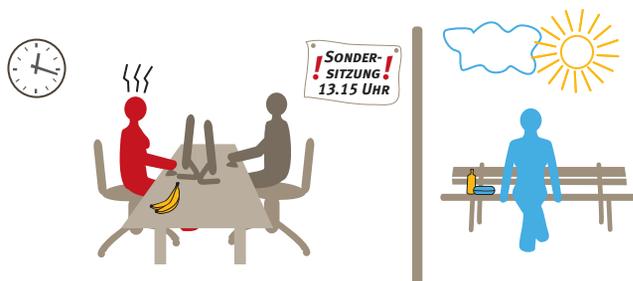


Quelle: Destatis 2010

Infografiken: Julia Schmitt

Arbeiten ohne Pause

Für zwei Fünftel der Beschäftigten ist die Mittagspause keine Pause, sondern Arbeitszeit. Nur 17 Prozent nutzen die Mittagspause, wie sie ursprünglich gedacht war: zur Erholung.



- 40 Prozent sagen:** »Ja, ich arbeite oft die gesamte Pause durch, weil ich viel zu erledigen habe.«
- 43 Prozent sagen:** »Nur in Ausnahmesituationen arbeite ich auch in der Mittagspause.«
- 17 Prozent sagen:** »Nein, ich arbeite in meiner Mittagspause grundsätzlich nicht.«

Quelle: Monster.de

Eine Bremse für den Finanzmarkt

INTERVIEW

Fast zwei Jahre nach der Pleite der Lehmann-Bank zählt die Politik die Finanzmärkte nur zögerlich, kritisiert Torsten Windels von der NordLB.

Die Regierungen packen Milliardenrettungspakete am Fließband. Bislang spielt die Krise sich aber vor allem in diesen großen Zahlen ab. Ein gutes oder ein schlechtes Zeichen?

Torsten Windels: Eher ein gutes Zeichen. Die Krise hat die Wirtschaft nicht so hart getroffen, wie wir erwartet haben. Zurzeit bekommen wir mehr Signale, dass es wieder aufwärts geht.

Wie kommt das?

Windels: Die meisten Unternehmen waren vor der Krise gut in Form. Viele haben ihre Produktpalette modernisiert und lange Zeit vom Exportboom profitiert. Sie brauchten keine Kredite. Deshalb war ihnen die Krise der Banken zunächst relativ egal.

In einigen Branchen brachen die Aufträge um die Hälfte ein.

Windels: Richtig. Mit der Pleite der Lehmann-Bank in den USA im September 2008 sprang die Finanzkrise auf die Realwirtschaft über. Die Pleite wirkte wie ein Schock. Privathaushalte gaben weniger Geld aus und Unternehmen hielten sich mit Investitionen zurück. Dadurch gingen die Aufträge zurück. Der Schock wirkte global.

Was löste die Krise aus?

Windels: Ursache war die laxe Kreditvergabe in den USA. Begünstigt wurde sie durch eine

Gesetzgebung, die es Banken ermöglichte, riskante Kredite durch geschicktes Bündeln und Verpacken sicher zu machen. Aber hinter allem steckte der Glaube, dass Märkte immer effizient sind und sich selbst regulieren. Auch ich selbst fand es lange vernünftig, Märkte zu liberalisieren, um höhere Wachstumsraten zu erzielen. Heute wissen wir: Das war ein Märchen. Märkte können sich irren. Und es gibt so etwas wie den Lemming-Effekt. Alle rennen in die gleiche Richtung, wenn irgendwo Gewinne locken. Und je mehr rennen, desto größer die Verluste.

Was ist die Lehre daraus?

Windels: Die Rahmenbedingungen der Ökonomie müssen zur Mentalität der Akteure passen. Da brauchen Deutsche andere als etwa Amerikaner. In der Krise gehen Amerikaner einkaufen. Deutsche sparen. Amerikaner stecken Rückschläge leichter weg, wo wir sofort nach einer Versicherung rufen.

Wir haben mehr Industrie als die USA. Die Fristen, in denen Finanzmärkte Erträge erwarten, sind kürzer, als die deutsche Industrie es gewohnt ist und auch als sie es braucht. Wie verheerend das sein kann, sieht man am Beispiel Conti/Schaeffler. Über Nacht veränderten sich Marktpreise. So etwas kann Unternehmen ruinieren.



Foto: Mark Mühlaus / attenzione-photo.com

Torsten Windels, Chefvolkswirt der Norddeutschen Landesbank in Hannover, glaubt nicht an die Unfehlbarkeit der Märkte.

Was muss sich ändern?

Windels: Was Banken tun, muss der volkswirtschaftlichen Entwicklung nutzen und darf ihr nicht schaden. Wir müssen die Finanzmärkte bremsen.

Sehen Sie da in der Politik richtige Ansätze?

Windels: Den Konsens, dass es der freie Markt schon richtet, der in der Politik selbst unter Sozialdemokraten galt, gibt es nicht mehr. Soweit, so einig. Aber dann beginnt die große Kakophonie. Es gibt viele Ideen, aber keinen roten Faden.

Die Bundesregierung lehnte Regeln für Finanzmärkte lange Zeit ab mit dem Hinweis, dass sie nur global wirken. Was halten Sie von dem Argument?

Windels: Wer sagt: »Das funktioniert nur weltweit«, sagt in Wahrheit: »Ich will es nicht«. Man muss es machen. Wenn Deutschland damit anfängt, hat dies Signalwirkung – zumindest in Euroland.

Wäre die Finanztransaktionssteuer ein Anfang?

Windels: Sie ist auf jeden Fall ein Instrument, um den Markt zu entschleunigen. Sie macht ultrakurze Transaktionsgeschäfte teurer. Das sind jene Geschäfte, die sich negativ verstärken und mit der Wucht extremer Preisschwankungen der Realwirtschaft schaden können.

Laut FDP trifft die Steuer aber auch die Riester-Sparer?

Windels: Das hängt davon ab, wie man die Steuer gestaltet. Doch selbst wenn man sie auf Riester-

Verträge erhebt, ist die Wirkung minimal, 0,01 bis 0,05 Prozent von den Sparbeträgen. Die Idee bleibt richtig. Je kleiner die Preisdifferenzen, auf die der Kurzfrist-Spekulant setzt, desto stärker wirkt die Steuer, weil sie die Mindestgrößen der Preisänderung vergrößert und damit auch die Haltedauer verlängert.

Müssen sich die Verursacher der Krise, die Banken, nicht mehr an den Kosten beteiligen?

Windels: Das klingt natürlich erst einmal gut. Aber wer zahlt am Ende die Party? Wahrscheinlich die Kunden. Die Boni allein werden nicht reichen. Also wird es für die Kunden teurer. Allerdings werden Kosten für Kredite ohnehin steigen. Die Banken brauchen höhere Eigenkapitalquoten. Das ist richtig, denn es macht das Bankengeschäft sicherer.

Wie hat Ihre Bank die Krise eigentlich überstanden?

Windels: Mit einem konservativen Geschäftsmodell. Wir setzen auf langweilige Kreditvergabe an Kunden, die wir kennen. Während andere lustige Papiere in den USA gekauft haben, haben wir unser Geld in Europa angelegt. Wir haben zwar weniger Gewinn gemacht, aber dafür haben wir unser Geld noch. Jetzt reden zwar alle davon, dass die Deutsche Bank wieder 25 Prozent Gewinn gemacht hat. Aber keiner erinnert sich an die 30 Prozent Verlust im letzten Jahr. Wir fliegen zwar nicht so hoch wie manche Privatbank, dafür aber weiter. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de



WISSEN

Finanztransaktionssteuer

Die Idee hat schon einige Jährchen auf dem Buckel: In den 70er-Jahren forderte der Wirtschaftswissenschaftler James Tobin eine Steuer auf den Austausch von Währungen. Spekulationen mit Devisen lösten damals Schwankungen bei Wechselkursen und Zinssätzen aus. Da sich Spekulation heute auf alle Arten von Finanzmarktaktionen erstreckt, beschränkt sich die Finanztransaktionssteuer nicht auf den Devisenhandel. Bei einem Steuersatz zwischen 0,01 und 0,05 Prozent würden vor allem kurzfristige Geschäfte teurer. Deutschland könnte mit der Steuer zwischen 17 und 36 Milliarden Euro einnehmen.

IN KÜRZE

Gehalt kein Geheimnis

Mit den Kollegen darf man über das Gehalt sprechen, auch wenn der Arbeitsvertrag es untersagt. Das entschied das LAG Mecklenburg-Vorpommern. Ein »Verbot« würde den Gleichbehandlungsgrundsatz und die Koalitionsfreiheit verletzen. Wo geredet wird, sind Löhne oft gleicher. Wissen ist eben doch Macht.

AZ: 2 Sa 237/09 ■



Foto: Rikke / fotolia.com

Beim Christopher Street Day in Köln ist diesmal auch die IG Metall dabei.

Stolz bewegt

Auch Lesben und Schwule bilden eine starke Bewegung. Viele sind gleich doppelt stark und auch selbstbewusste Metallerinnen und Metaller. Zum ersten Mal ist jetzt die IG Metall auf dem »Cologne-Pride« mit einem Wagen des Bezirks NRW vertreten. Am 4. Juli wird in Köln für eine gerechte, tolerante Welt demonstriert und fröhlich gefeiert. ■

► www.colognepride.de

Spielverderber Philips

Vom Management beeinflusste Betriebsratswahlen, gefeuerte Gewerkschafter und ausgesperrte Mitarbeiter – auch das ist Philips. Zur WM steigen die Gewinne, die Mitarbeiter stehen im Abseits. Das zeigte eine Analyse multinationaler Konzerne durch das holländische Somo-Institut. Mitsprache? Freie Wahlen zum europäischen Betriebsrat? Fehlanzeige. Klare rote Karte für Philips. ■

Die Untertanen mucken auf

BETRIEBSRATS- WAHL BEI VOLZ

Viele Jahre gab es bei Volz im Schwarzwald nur einen Herren, der nach Belieben befahl und feuerte. Doch nun haben einige Mutige mithilfe der IG Metall eine Betriebsratswahl gewagt. Mit Erfolg. Trotz Psychoterror und Schikanen.

Text: Dirk Erb; Fotos: Jürgen Pollak

Auf einer grünen Wiese bei Horb im Schwarzwald stellt Volz Luftfilter für die Autoindustrie her. Ein Vorzeigebetrieb, ausgezeichnet mit der Wirtschaftsmedaille des Landes Baden-Württemberg, mächtig gewachsen in den letzten Jahren. Und Volz tut viel für Horb, den Fußball- und den Hasenzüchterverein. Sogar ein kleines Fußballstadion sprang heraus. Die dunkle Kehrseite: Die Herren, Volz Senior und Volz Junior, befahlen über die Untergebenen – und dulden keine Mitbestimmer. Aufstände, wie den Versuch einer Betriebsratswahl vor ein paar Jahren, schlägt Volz nieder. Wer sich mit Volz anlegt, fliegt raus und ist in Horb und Umgebung unten durch. Man kennt sich ja.

So war das halt bei Volz in Horb – bis kürzlich ein paar Aufmucker einfach nicht klein begeben wollten und mit der IG Metall eine Betriebsratswahl durchzogen. Trotz aller Schikanen und Einschüchterungen.

»Wir hatten keine Angst mehr. Uns stand es bis hier.« Der heutige Betriebsratsvorsitzende Alex Rossoschanski hält die Hand in Kinnhöhe. »Hier herrschte völlige Willkür: bei der Bezahlung, bei der Genehmigung von Weiterbildung, bei der Schichteinteilung. Von heute auf morgen wurdest du versetzt. Oder es hieß: morgen Frühschicht. Ohne Rücksicht auf die Familien, auch nicht bei alleinerziehenden Frauen. Und wer seine Meinung sagte – oder nur gerade aus dem Fenster schaute, wenn der Chef kam, flog raus.«



Robert Schuh von der IG Metall checkt erst einmal aus sicherer Position die Lage, bevor wir uns mit dem Betriebsrat bei Volz treffen.

Im August letztes Jahr erfuhr Robert Schuh über drei Ecken, dass es bei Volz Interessierte an einem Betriebsrat gibt. Schuh arbeitet bei der IG Metall Freudenstadt und Villingen-Schwenningen und ist speziell für Betriebsratsgründungen zuständig. Mit IG Metall-Aktiven aus anderen Betrieben fuhr er zu Volz. Auf dem Parkplatz verteilten sie Flugblätter und sprachen mit Beschäftigten. »Die waren sichtlich eingeschüchtert, schauten oft in die Richtung, wo der Chef sein Büro hat«, erzählt Schuh. Mit Rossoschanski kam er ins Gespräch. Bald folgte ein geheimes Treffen in der Billard-Kneipe »Kö 23«.

Nach und nach kamen mehr zu den Treffen im »Kö« dazu. Vertraute Bekannte und Verwandte, damit die Chefs nichts erfahren, bevor die Wahl formal eingeleitet ist und die Kandida-

ten damit Kündigungsschutz haben. Im Oktober war es dann so weit: Die IG Metall und drei Kandidaten luden auf Flugblättern zur Wahl eines Wahlvorstandes ein. Nachdem Volz die Wahl vor Gericht mit fadenscheinigen Gründen angefochten hatte, klappte es im zweiten Anlauf. Diesmal allerdings mit Kandidaten einer gegnerischen Liste: Meister, Gruppenleiter und die Sekretärin von Volz-Junior. »Die musste in den Wahlvorstandssitzungen öfter weg, um ihrem Chef Kaffee zu kochen«, erzählt Rossoschanski. Doch der Weg zur Betriebsratswahl war frei.

Im Feuer. Nun begann die heiße Phase: Mobbing, Einschüchterung, Verleumdung. Die IG Metall verlange horrende Mitgliedsbeiträge und wolle ja nur Geld machen, hieß es in einem Aushang. Und die sinnlose Wahl kostet viel zu viel Geld, erklärten die Volz. Deshalb gebe es dieses Jahr kein Weihnachtsgeld und zweihundert Beschäftigten müsse gekündigt werden. Außerdem, so ließ Volz Senior über die Presse ausrichten, werde er in die Slowakei verlagern. »Kurz darauf waren slowakische Lieferwagen gut sichtbar um das Werk verteilt geparkt«, erinnert sich Alexander. Der Gipfel war dann, als der Senior-Chef Angst vor der »Russen-Mafia« schürte. Rossoschanski und viele seiner Mitstreiter sind russisch-stämmig, wie übrigens über ein Drittel der Gesamtbelegschaft.

Die Beschimpfungen, vor allem durch die Lieblinge der Chefs, nahmen zu. Einige der





Beschäftigten, die offen mit den IG Metall-Kandidaten redeten, wurden gefeuert. Und während die gegnerische Liste in der Arbeitszeit ungehemmt Wahlwerbung machte, hielten die Chefs die Kandidaten der IG Metall-Liste »Gemeinsam für ein Gutes Leben« ständig mit neuer Arbeit in Schach und drangsalierten sie am Arbeitsplatz und per Telefon zu Hause.

»Die Volz kamen oft bei mir am Arbeitsplatz vorbei«, erzählt die heutige Betriebsrätin Oxana Rosse. »Auf was ich mich da nur eingelassen hätte. Ob ich blöd wäre. Und ich sollte lieber gleich gehen.«



Der Eingang zur Kneipe »Kö 23«: unverdächtig. Ein idealer Ort für die geheimen Treffen zur Betriebsratsgründung bei Volz.

Mitglieder des neuen Betriebsrats bei Volz in Horb: Oxana Rosse, Helena Kosak, Alex Rossoschanski, Konstantin Pahl, Vadim Ivaschin und Elena Miller.

Auffallend viele der IG Metall-Kandidaten wurden in den Monaten vor der Betriebsratswahl krank: Nierensteine, Leistenbruch, Migräne.

»Ich war oft kurz davor, hinzuschmeißen – oder auszurasen«, gesteht Alex Rossoschanski. »Aber Robert Schuh hat mich am Telefon immer aufgerichtet: gelassen bleiben. Das ist doch genau, was die wollen: demoralisieren, provozieren und die Situation eskalieren lassen.«

Geschafft. Keiner ist ausgerastet. Und keiner hat hingeschmissen. Heute sitzen elf Betriebsräte in ihrem neuen Betriebsratsbüro. Acht von ihnen sind IG Metall-Mitglieder. Die ersten Sitzungen nach der Wahl fanden noch in einem winzigen Raum ohne Fenster statt. Das neue Büro ist hell und geräumig. An der Wand baumelt eine IG Metall-Fahne, im Regal liegen IG Metall-Broschüren und über der Spüle stehen IG Metall-Tassen. Nächste Woche geht es zum ersten IG Metall-Seminar: Grundlagen der Betriebsratsarbeit. Grinsend schiebt Alex seinen neuen Entwurf einer Urlaubs-Betriebsvereinbarung Robert Schuh über den Tisch zu. Seit der Wahl gab es keine Kündigungen und keine Schichtänderungen von heute auf morgen mehr. Und es gibt immer mehr IG Metall-

Mitglieder. Vielleicht ist so bald mal Tarif drin. Auf jeden Fall eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zunächst geht es jedoch um die Sicherung der Arbeitsplätze: Volz plant tatsächlich seit längerem, in die Slowakei zu verlagern. Das weiß der Betriebsrat heute, aufgrund seiner gesetzlichen Informations- und Mitspracherechte.

»Das hat die Betriebsratsgründung auf jeden Fall schon erreicht: Die Verlagerung ist erst einmal gebremst«, sagt Robert Schuh. »Deshalb war dem Volz die Wahl auch so ein Dorn im Auge: Die können nicht mehr einfach machen, wie sie wollen.«

Was auch geholfen hat: Kurz vor der Betriebsratswahl kam ein mahnender Brief des Großkunden Daimler an seinen Zulieferer Volz: »Unser Betriebsrat hat uns mehrfach auf mögliche Arbeitsrechtsverletzungen in ihrem Unternehmen aufmerksam gemacht.«

Die Wahl selbst verlief dann ruhig. ■

Dirk.Erb@igmetall.de



Betriebsrat wählen

Habt Ihr keinen? Wählt Euch einen. Wendet Euch an Eure IG Metall-Verwaltungsstelle vor Ort. Mehr Informationen zur Gründung und Wahl eines Betriebsrats:

► www.igmetall.de/betriebsratswahl

Die Zeit zum Beschnuppern

RECHT SO | In vielen Arbeitsverträgen ist eine Probezeit vereinbart. Wie lange sie maximal dauern darf, ob der Arbeitgeber in dieser Zeit ohne Grund kündigen kann und welche Rechte Beschäftigte haben, erklärt Carsten Schuld.

Die meisten Jobs beginnen mit einer Probezeit. Für einen begrenzten Zeitraum zu Beginn eines Arbeitsverhältnisses bestehen für beide Parteien erleichterte Kündigungsmöglichkeiten. Aber Achtung: Die Probezeit wird häufig mit der sechsmonatigen Wartezeit aus dem Kündigungsschutzgesetz verwechselt. Nach dem Gesetz beginnt der Kündigungsschutz erst nach Ablauf von sechs Monaten. Zuvor kann der Arbeitgeber tatsächlich ohne einen besonderen Grund kündigen.

Eignungsprüfung. Die Probezeit dagegen muss vertraglich vereinbart werden, entweder im Arbeits- oder im Tarifvertrag. In dieser Zeit sollen beide Seiten darüber Klarheit finden, ob sich der Arbeitnehmer für die ihm übertragene Aufgabe eignet und umgekehrt er diese dauerhaft ausführen will. Wenn dies nicht der Fall ist, können beide Seiten mit einer verkürzten Frist kündigen. In der Regel beträgt die Frist zwei Wochen. Der Kündigende braucht keinen festen Kündigungs-termin einzuhalten, das Arbeitsverhältnis kann jederzeit auslaufen.



Carsten Schuld ist Jurist beim DGB-Rechtsschutz.

Foto: Olaf Hermann

Das Teilzeit- und Befristungsgesetz ermöglicht es auch, dass ein Arbeitsverhältnis zur Erprobung befristet wird. Dieses endet dann nach der Probezeit, wenn kein weiterer Arbeitsvertrag geschlossen wird. Eine solche Befristung muss ausdrücklich und unmissverständlich vereinbart sein. In den allermeisten Fällen wird das Probearbeitsverhältnis aber für die erste Zeit eines regulären Vertrags vereinbart.

Die maximale Dauer. Die Länge der Probezeit kann zwischen den Parteien grundsätzlich individuell vereinbart werden. Ausnahme: In einem Tarifvertrag ist eine bestimmte Dauer festgelegt. Üblich sind drei Monate. Darüber hinaus kann eine längere Probezeit vereinbart werden.

Je anspruchsvoller die Tätigkeit, umso schwerer ist es, die Eignung zu beurteilen und desto länger kann die Probezeit dauern. Nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts ist eine bis zu sechsmonatige Probezeit rechtmäßig, eine längere Dauer jedoch kaum zu rechtfertigen.

Zudem gilt ab dem siebten Monat eine gesetzliche Kündigungsfrist von mindestens einem Monat sowie der volle Kündigungsschutz.

Ausbildungsverhältnisse beginnen zwingend mit einer Probezeit zwischen einem bis vier Monate. Nur in dieser Zeit können Ausbilder oder Azubi ordentlich kündigen, danach nur noch außerordentlich. Bei allen anderen Arbeitsverträgen müssen die Parteien die Probezeit ausdrücklich vereinbaren. Gibt es keine Vereinbarung, gilt auch keine Probezeit. ■

WISSEN

Anhörung des Betriebsrats

Auch in der Probezeit ist der Arbeitgeber dazu verpflichtet, vor jeder Kündigung den Betriebsrat anzuhören. Bei unterlassener oder fehlerhafter Anhörung ist die Kündigung gemäß Paragraph 102 Abs. 1 Satz 3 BetrVG unwirksam.

Mehr zum Arbeitsrecht:

 www.igmetall.de/arbetsrecht

Erfolg für Kassiererin »Emmily«

Wer seinen Chef bestiehlt, fliegt. Von diesem Grundsatz ist das Bundesverfassungsgericht in seinem neuesten Urteil abgewichen. Im Fall der Kassierin »Emmily« entschied es: Der Arbeitgeber muss sie wieder einstellen.

Urteil: Klauen ist nicht immer gleich ein Grund für die Kündigung.

Diebstahl ist zwar kein Kavaliersdelikt. Für eine fristlose Kündigung müssen aber alle Umstände berücksichtigt werden. Vertrauen, das in 31 Dienstjahren gewachsen ist, könne nicht durch das unerlaubte Einlösen von Pfandbons über 1,30 Euro eingebüßt werden. ■

Kindergeld für volljährige Azubis

Kindergeld gibt es unter bestimmten Voraussetzungen auch für volljährige Auszubildende. Und zwar dann, wenn sie jünger als 25 Jahre sind und ihr Jahreseinkommen unter 8004 Euro liegt. Ist das der Fall, stehen den Eltern 184 Euro für das erste und zweite, 190 Euro für das dritte und 215 Euro für jedes weitere Kind

zu. Da die Kindergeldzahlung mit dem 18. Geburtstag automatisch endet, muss es neu beantragt werden. Wann ein Anspruch auf Kindergeld besteht und was zu beachten ist, um diesen nicht zu verlieren, erklärt ein Flyer der IG Metall. Für Mitglieder gibt es ihn unter www.igmetall.de/kindeergeld zum Herunterladen. ■

PRÜFSTAND

Einfach mal abschalten

Mobile Geräte wie das iPhone oder der BlackBerry machen es möglich: Immer und überall erreichbar sein. Jede E-Mail, jeder Anruf will sofort beantwortet sein, immer öfter auch außerhalb der Arbeitszeit.

Laut einer Bitkom-Umfrage sind zwei Drittel der Beschäftigten außerhalb der Arbeitszeit erreichbar, ein Drittel ist sogar immer für den Chef oder Kunden da. Die Grenzen von Arbeit und Freizeit verschwimmen.

»Eingebildete Anrufe« und die gefühlte Abhängigkeit von Handy und Internet beschäftigen als neue Krankheiten inzwischen Ärzte und Psychologen.

Weniger ist mehr. Handy und Co können zu Stress und damit zu psychischen Erkrankungen führen. Deshalb braucht es klare Regelungen zur Erreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeiten. Für Urlaub und Krankheit müssen feste Stellvertreter benannt sein. Ausnahmen sollte es nur für Dienstreisen und Außendienstmitarbeiter geben.

Disziplin beim E-Mailen vermeidet auch Stress. Man muss nicht jede E-Mail per CC an alle Kollegen schicken. ■

Volker.Beck@igmetall.de



Foto: BlackBerry

E-Mails unterwegs zu bearbeiten ist praktisch. In der Freizeit gilt: Abschalten zum Ausspannen.



Foto: deamm1974 / Fotolia.com

Post aus dem Betrieb auch in der Babypause? Je besser Eltern über Neuigkeiten informiert sind, desto eher bleibt ihnen der Job vertraut.

Ich bin wieder da

FAMILIE UND BERUF

Eltern sein oder werden bedeutet nicht zwangsläufig, dem Beruf den Rücken zuzukehren. Mütter und Väter brauchen einen kreativen Strategieplan, damit aus der Elternzeit kein Karriereknick wird.

Mit Kindern sammeln Mütter und Väter wichtige Erfahrungen und Kompetenzen, die auch in Unternehmen gefragt sind. Vor allem sind sie flexibel und stresserprobt.

Auszeit gut vorbereiten. Doch je länger Beschäftigte raus sind aus dem betrieblichen Alltag, umso schwieriger ist es, wieder in den Beruf reinzufinden. Darum gilt als Faustformel: Je organisierter jemand die Elternzeit vorbereitet, desto besser klappt auch der Wiedereinstieg. Hierbei helfen sogenannte Planungsgespräche mit dem Vorgesetzten, Personalsachbearbeiter und Betriebsrat.

Darin sollten Mütter oder Väter ihr Interesse am Wiedereinstieg deutlich machen und sich über die gesetzlichen, tarifvertraglichen und betrieblichen Regelungen informieren lassen.

Am Ball bleiben. Wer den Kontakt zur Abteilung, zu den Kolleginnen und Kollegen sowie dem Chef hält, bleibt im Gespräch und erfährt, was im Betrieb los ist. Infos wie Rundschreiben und die Mitarbeiterzeitung sollte man sich regelmäßig nach Hause schicken lassen. Führt der Arbeitgeber neue Systeme oder Maschinen im Betrieb ein ist es besser, auch in der

WISSEN

Infos rund um die Elternzeit

- Auch Arbeitnehmer in der Elternzeit dürfen zu Betriebsversammlungen gehen, denn ihr Teilnahme-recht bleibt bestehen. Mütter und Väter sollten es sich organisieren, dass sie von Kollegen oder vom Betriebsrat die Einladung erhalten.
- Eine gute Chance, um beruflich fit zu bleiben ist, im Betrieb als Urlaubs- oder Krankenvertretung einzuspringen oder bestimmte Projektarbeiten zu übernehmen. Denn auch in der Babypause ist eine Teilzeitbeschäftigung bis zu 30 Stunden die Woche möglich. Voraussetzung: Im Unternehmen arbeiten mehr als 15 Beschäftigte (ohne Azubis). Rechtstipps und Broschüren zum Thema gibt es für IG Metall-Mitglieder unter:

► www.igmetall.de
→ Arbeit

Babypause an Schulungen teilzunehmen, weil sie auf die Bedürfnisse einer Abteilung zugeschnitten sind. Ein Kurs mit dem »alten« Team bietet auch die Chance, mit der Tätigkeit vertraut zu bleiben oder sich auf den neuesten Stand bringen zu lassen.

Das Comeback. Steht die Rückkehr in den Betrieb an, gilt: Vorbereitet in das Gespräch mit dem Chef gehen. Eltern sollten ein Konzept vorstellen, wie man künftig die Arbeit gestalten will und welche Arbeitszeiten in die familiäre Planung passen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Wie gut hält Europa?

DER ANDERE BLICK

Wie gut eine Ehe funktioniert, zeigt sich in schlechten Zeiten. Ähnliches gilt auch für Staatengemeinschaften. Die Krise des Euros könnte für Europa die Nagelprobe dafür sein, wie geeint es inzwischen ist. Jetzt ist Solidarität gefragt und nicht Rückzug auf Nationalstaaten. Die Gewerkschaften wollen die Europäischen Regierungen daran erinnern.

Die aufgeheizte Debatte um die Rettung und damit auch um die Zukunft des Euros ist nicht bloß finanzpolitisches Geplänkel. In der gegenwärtigen Diskussion geht es um mehr als um Wechselkurse. Von der Zukunft des Euros hängt nichts Geringeres als die Zukunft des gemeinsamen Europas ab. Denn mit dem Euro bekam Europa nicht nur eine stabile gemeinsame Währung, sondern auch ein wichtiges Stück gemeinsame europäische Identität.

Solidarität gefragt. Nicht weniger steht auf dem Spiel, wenn einige Politiker vorschlagen, Griechenland und weitere Länder, die von der Staatspleite bedroht sind, aus der Eurozone auszuschließen. Ob das gemeinsame Europa hält, beweist sich in Krisenzeiten. Jetzt ist Solidarität gefragt. Ausschluss und Rückzug in vermeintliche

nationale Lösungen führen Europa in die Sackgasse. Dem Widerstand des konservativ-liberalen

Lagers gegen die Europäisierung der Fiskal-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gilt es, das Mo-

dell eines solidarischen Europas entgegenzusetzen.

Klar ist: Zahlreiche Länder müssen ihre Steuersysteme wirksamer gestalten. In vielen Ländern fehlt eine effektive Besteuerung aller Bevölkerungsgruppen. Die europäische Finanztransaktionssteuer ist längst überfällig. Steuerenkungen sind das falsche Signal. Sie würden den Handlungsspielraum der Regierungen reduzieren. Von großen europäischen Wirtschaftsnationen, allen voran Deutschland, müssen die dringend nötigen Impulse für eine beschäftigungswirksame europäische Industriepolitik ausgehen. Neue, »grüne«, energieeffiziente und damit wettbewerbsfähige Technologien müssen auch durch staatliche Konjunkturprogramme gefördert werden. Eine kurzfristige Erhöhung der Schulden in Staaten, die über das nötige öko-



Foto [M]: Mindwalker, Sashpictures, Erick Nguyen / Fotolia.com

Zerreißprobe für Europa – von der Zukunft des Euros hängt auch die Zukunft des gemeinsamen Europas ab.

WISSEN

Europa spart

Wie stark europäische Staaten ihre Schulden bis 2012 abbauen wollen (gegenüber 2009):

Spanien	-56	(5,9)
Frankreich	-51	(2,9)
Italien	-37	(2,6)
Griechenland	-17	(7,1)
Belgien	-9	(3,0)
Irland	-7	(7,1)
Portugal	-7	(4,9)

in Mrd. Euro (in Klammern = Einsparung in % ihrer Wirtschaftsleistung); Deutschland: siehe Seite 6; Quelle: Frankfurter Rundschau, Commerzbank

nomische und industrielle Rückgrat verfügen, ist nötig, um dem europäischen Binnenmarkt konjunkturelle Impulse zu geben. All das muss europäisch harmonisiert werden.

Auch in der Steuerpolitik muss Europa enger zusammenwachsen. Längst stehen nicht nur Unternehmen und ihre Belegschaften in Konkurrenz zu einander, ganze Volkswirtschaften

rend sich am Finanzmarkt die Glücksräder erneut mit vollem Schwung drehen.

Besorgniserregend ist der europaweite Trend der Stärkung der nationalistischen Lager. Bei den Wahlen in Ungarn, Frankreich und den Niederlanden gewannen Parteien hinzu, die sich durch populistische, nationale und teilweise rassistische Rhetorik, nicht aber durch

Zum Autor

Peter Scherrer, 50, ist seit März 2005 Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbunds (EMB) in Brüssel. Scherrer arbeitete unter anderem bei der Hans-Böckler-Stiftung in Südosteuropa. Zum EMB gehören 75 Mitgliedsorganisationen mit 5,5 Millionen Mitgliedern in 35 europäischen Ländern. www.emf-fem.org



Foto: EMB

konkurrieren miteinander. Gewinner sind die Finanzmarkt-spekulanten, Verlierer sind die arbeitenden Menschen.

Gegen diese Politik wehren sich inzwischen die Menschen in vielen EU-Mitgliedsländern. Gewerkschaften in Griechenland, Frankreich oder Spanien demonstrieren gegen die drastischen und einseitigen Sparprogramme.

Keine Konzepte. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten wird von rechten, liberalen Parteien regiert. Ihre Konzepte zur Krisenbewältigung belasten regelmäßig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Menschen mit geringen Einkommen. Was als unumgängliche »Einschnitte in die Sozialtats« der nationalen Haushalte deklariert wird, ist in Wahrheit nur eine gigantische Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum.

Die von der Krise am meisten Betroffenen – Beschäftigte in Betrieben und Verwaltungen, Arbeitslose und prekär Beschäftigte – zahlen die Zeche für eine völlig unregulierte Globalisierung. Für eine hemmungslos auf maximaler Profitgier basierende spekulative Finanzwirtschaft soll die »breite Masse« zahlen, wäh-

glaubwürdige Vorschläge zur Lösung der Krise den Wählern anboten.

Ende September werden sich die europäischen Finanzminister wieder zur Bewältigung der Euro-Krise treffen. Die konservativen Regierungen planen, den öffentlichen Haushalten einen rigiden Sparkurs zu verordnen. Hier soll verabredet werden, dass Renten, Arbeitslosenhilfen, und Beschäftigungsförderungsprogramme gekürzt oder sogar gestrichen werden. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ruft an diesem Tag zu einer europaweiten Demonstration gegen den fortschreitenden Sozialabbau und für die Stärkung der europäischen Solidarität auf, die der Europäische Metallgewerkschaftsbund unterstützt. Mobilisieren wird der EGB auch gegen Nationalismus und Rassismus. Ein klares Ja zu einem vereinten Europa der gegenseitigen Hilfe wird der 29. September sein. Die Gewerkschaften werden ein deutliches Signal senden gegen eine Politik, die in der Vergangenheit häufig bewiesen hat, dass sie sich gegen die Schwachen in unserer Gesellschaft richtet und nicht aus der Krise führt. ■

pscherrer@emf-fem.org

DAS STICHWORT

Leerverkäufe

Was würde ein Kunde tun, dem ein Obsthändler auf dem Wochenmarkt Erdbeeren anbietet, die er nicht hat? Wenn ihm der Händler vorschlägt: »Du bekommst das Schälchen für 2,90 Euro – soviel kosten sie bei der Konkurrenz – und ich liefere nächste Woche.« Denn der Händler glaubt: Am Wochenende scheint die Sonne. Es werden viele Erdbeeren gepflückt, die dann nur 1,90 pro Schälchen kosten. Wahrscheinlich würde der Kunde zur Konkurrenz gehen, Erdbeeren kaufen und essen.

Eine Wette. Auf dem Wochenmarkt funktioniert die Methode wohl nicht, auf dem Finanzmarkt schon. Denn Leerverkäufe sind nur eine etwas andere Erdbeerkörbchenwette. Dabei verhält sich der Wertpapierhändler umgekehrt zum »normalen« Aktienkäufer. Normalerweise will der Aktienkäufer Papiere möglichst billig einkaufen und sie teuer verkaufen. Der Leerverkäufer bietet ein Wertpapier dagegen an, wenn es teuer ist. Er schließt einen

Vertrag ab. Geliefert wird die Ware später, möglichst wenn der Kurs im Keller ist. Bei ungedeckten Leerverkäufen besitzt der Verkäufer die Papiere nicht. Bei gedeckten Leerverkäufen leiht er sie aus, gibt sie später zurück und deckt sich mit billigeren Papieren ein. Während bei »normalen« Aktiengeschäften der Verlust auf den Kaufpreis beschränkt ist – die Aktie kann maximal wertlos werden –, ist das Risiko bei Leerverkäufen unbegrenzt. Niemand weiß, wie teuer ein Papier plötzlich wird.

Im Mai hat die Finanzaufsicht Bafin ungedeckte Leerverkäufe in Deutschland verboten. Zwar ist es zunächst das Risiko des Obsthändlers, wenn es am Wochenende aus Eimern schüttet und sich der Erdbeerkörbchenpreis verdoppelt. Anders sieht es aber aus, wenn der Obsthändler eine Bank ist, die Pleite dieser Bank eine ganze Wirtschaft gefährdet und der Staat sie retten muss. Dann zahlen alle für riskante Leerverkäufe. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Im Büro Stolperfallen meiden

ARBEIT UND GESUNDHEIT

Arbeitsplätze im Büro bergen mehr Unfallquellen als vermutet. Kabel können schnell zu Stolperfallen werden. So manche Krawatte wurde schon vom Reißwolf erfasst – mit bösen Folgen für den Betroffenen. Die Berufsgenossenschaft Energie, Textil und Elektro hat Sicherheitstipps für Büroarbeitsplätze zusammengestellt: Kabel und Schläuche nur mit Kabelbrücken verlegen. Arbeitswege im Betrieb frei halten. Auf Treppen stets den Handlauf nehmen. Bürostühle nie als Aufstiegshilfe benutzen. Sie können wegrollen. Weitere Sicherheitstipps unter www.bgetem.de, Quiz »Sicherheit ist bei der Büroarbeit der beste Kollege.« ■



Foto: toxxon / Fotolia.com



Die »Guten« im Eliog-Krimi: Der Betriebsrat mit IG Metall-Sekretär Thomas Steinhäuser (zweiter von rechts).

Foto: Mark Gauci

Gangster-Bosse in Haft

DA GEHT WAS Die Ex-Bosse des Eliog-Konzerns sitzen in U-Haft. Jahrelang haben sie betrogen und ihre Betriebe bis zur Pleite ausgeplündert. Und doch kann die IG Metall die meisten der 700 Arbeitsplätze retten – trotz Insolvenz.

Sie haben Kunden geprellt, Fördergelder veruntreut, monatelang keine Löhne gezahlt und ihre Betriebe ausgeplündert. Sie selbst gönnten sie Millionen: Die drei Bosse der Eliog AG in Thüringen.

Seit April sitzen die Bosse in Untersuchungshaft. Und für sieben der neun Eliog-Standorte, an denen Metall, Kunststoff und Glas verarbeitet wird, und die meisten der 700 Arbeitsplätze geht es nach der Insolvenz nun weiter – dank der IG Metall. Sie hat die Gangsterbosse unter Druck gesetzt, der Staatsanwaltschaft Beweise geliefert und gemeinsam mit den Insolvenzverwaltern neues Geld und Investoren aufgetan. »In Sicherheit sind wir noch nicht«, sagt Konrad Fried-

rich, Betriebsratschef beim Industrieofen-Bauer Eliog Kelvitherm in Römhild. »Aber endlich bekommen wir wieder regelmäßig Geld – und wissen, woran wir sind.«

Aufgedeckt. Vor einem Jahr sah das noch anders aus: Die Löhne kamen mit immer mehr Verspätung. Wer sich beschwerte, flog raus.

»Uns haben die Bosse mit Geschwätz von neuen Krediten und Investoren hingehalten – sie selbst fuhren ständig mit neuen dicken Autos auf den Hof«, erzählt Sylvia Leyh, Betriebsratsvorsitzende am Eliog-Standort MKB in Breitungen, der überwiegend Kunststoff-spritzteile produziert. Schließlich schaltete Leyh die IG Metall ein.

WISSEN

Die kriminellen Machenschaften der Eliog-Bosse

Ein Ex-Commerzbank-Berater, ein Ex-Steuerberater und ein Ex-Staatsanwalt unter einer Decke: 2002 kauften sie sich bei Eliog ein, kauften weiter dazu – und sahten groß ab, auf Kosten von Staat, Kunden und Beschäftigten. Mehr zum Eliog-Krimi:

www.igmetall.de/Eliog

»Da stimmte gar nichts bei Eliog. Das wurde schnell klar«, erinnert sich Thomas Steinhäuser von der IG Metall Suhl-Sonneberg. »Aber viele wollten das erst nicht wahrhaben. Auf den ersten Versammlungen wurden wir noch beschimpft. Doch bald wurde den Beschäftigten klar: Wir sind die einzigen, auf die sie sich noch verlassen können.«

Steinhäuser machte gemeinsam mit den Betriebsräten Druck, drohte mit Klage wegen illegaler Insolvenzverschleppung. Und immer mehr Beschäftigte traten in die IG Metall ein. Die Bosse erteilten Steinhäuser Hausverbot. Doch bald mussten sie nachgeben und verhandeln. Im Herbst kam schließlich doch die Insolvenz – die einzige Chance, die Altschulden (und die Bosse) loszuwerden und neu anzufangen. Die Insolvenz brachte dann auch das ganze Ausmaß der kriminellen Machenschaften ans Licht.

Heute haben bis auf zwei kleinere Standorte alle Eliog-Betriebe eine Zukunft. Einige haben neue Eigentümer – andere bekamen neue Kredite. »Die Insolvenzverwalter haben anfangs abgewunken und wollten die meisten Standorte schließen«, erzählt Steinhäuser. »Aber wir haben sie und die Banken überzeugt: Habt mal Mut und probiert es mit uns weiter.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Meetings und kein Ende

TIPP FÜR DEN JOB

Gute Organisation, eine klare Agenda und Pünktlichkeit machen Meetings zu gelungenen Veranstaltungen. In der Praxis sind diese aber manchmal unproduktive Zeitfresser.



Meetings können unheimlich nerven. Es kann Stunden dauern, bis alle Quasselstrippen und Selbstdarsteller ihren Senf dazu gegeben haben. Solche Sitzungen werden oft als ineffektiv empfunden. Durch zu viele und zu lange Meetings fehlt einem die Zeit, die man zum Erledigen seiner eigentlichen Aufgaben dringend benötigt.

Pünktlichkeit muss sein. Meetings werden effektiver, wenn die Teilnehmer einige Regeln beachten. Wichtig ist es, rechtzeitig einzuladen und den Anlass und die Agenda der Besprechung bekannt zu geben. Außerdem: Unterlagen in ausreichender Menge kopieren, die Dauer der Besprechung festlegen. Es kann hilfreich sein, kurze Besprechungen in kleinem Kreis

im Stehen abzuhalten. Das diszipliniert und verhindert lange Abschweifungen.

Für alle Teilnehmenden ist Pünktlichkeit ein Gebot der Höflichkeit – auch wenn dagegen am meisten verstoßen wird. Wer sich verspätet, sollte unbedingt anrufen und mitteilen, dass er später

kommt. In eine laufende Besprechung zu platzen und ellenlang von dem Stau zu erzählen, in dem man gesteckt hat, geht gar nicht. Unbeliebt macht sich auch, wer regelmäßig aus dem Meeting rennt, um fehlende Unterlagen zu holen.

Heikel ist der Gebrauch von Handys während der Sitzung. Am besten ist es, das Handy ganz auszuschalten. Selbst der stumme Vibrationsalarm stört, er mindert auch die eigene Konzentration. Ausnahme: Erwartet man einen dringenden Anruf, kündigt man das zu Beginn an und geht raus, sobald es klingelt. Wer Nachrichten auf dem Blackberry liest und während der Sitzung E-Mails schreibt, signalisiert den anderen Teilnehmern ihre Unwichtigkeit. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

MACH MIT

In jedem Betrieb läuft es anders

Jedes Unternehmen hat eine andere Art, Meetings zu gestalten. Wie läuft es in Eurem Betrieb? Was ärgert, was freut Euch dabei?

Schreibt uns eine E-Mail an:

redaktion@igmetall.de



Vaillant richtig einheizen

BLICK AUF DIE WELT

Vaillant will trotz guter Rendite alles umkrempeln. Aktionstag am 1. Juli gegen Job-Verlagerungen.

Der Heiztechnikgerätehersteller Vaillant plant eine weltweite Umstrukturierung. Trotz einer guten Rendite von sechs Prozent sollen Jobs wegfallen, Beschäftigte werden wie Spielfiguren zwischen den Standorten verschoben.

Vaillant will Bad Kreuznach und Le Mans schließen, in Gera, Vitoria (Spanien) und Pontenure

(Italien) die Produktion einstellen. 280 Arbeitsplätze fallen ganz weg, der Rest soll auf Werke in Wuxi (China), Nantes (Frankreich), Gelsenkirchen und Remscheid verteilt werden. Gleichzeitig entstehen im slowakischen Skalica 140 neue Jobs.

Am 1. Juli findet in Remscheid ein Aktionstag gegen die geplante Umstrukturierung statt. ■



Foto: UMA / Fotolia.com

Die Marke mit dem Hasen plant eine knallharte Umstrukturierung.



Foto: Olaf Jandke / carofoto.com

ARBEITSSCHUTZ



Foto: michanolimit / fotolia.com

»Ich arbeite seit circa ~~eineinhalb~~ Jahren gerne bei Bard. Aber wegen der hohen Staubbelastung hatte ich mehrere Operationen der Atemwege und denke, dass für den Atemschutz noch mehr getan werden muss. Es beunruhigt mich, dass ich in der Konfektion im direkten Kontakt mit Epoxidharzen arbeite und nicht weiß, wie gefährlich die Stoffe sind und ob unsere Schutzausrüstung ausreicht. Ich hatte keine Schulung dazu. Das muss sich ändern!« ■
Ein junger Vater



Foto: michanolimit / fotolia.com

»~~Sieben~~ Monate habe ich als Leiharbeiter bei Bard gearbeitet. Durch diese Arbeit habe ich eine Allergie bekommen. Ich kann nie wieder in meinen erlernten Beruf als Maler und Lackierer arbeiten. Auch für Leiharbeiter muss es Aufklärung über die Gefahrenstoffe geben. Und es wäre wichtig, dass endlich genügend Schutzvorrichtungen wie Staubmasken für alle Arbeiter vorhanden sind.« ■
Ein ehemaliger Leiharbeiter



Harze sind gesundheitsschädlich

»Epikure Curing Agent MGS LH 136«, so heißt der Stoff, dem viele Beschäftigte im Windkraftanlagenbau ausgesetzt sind. Seine Eigenschaften laut Hersteller: Verursacht schwere Verätzungen. Gefahr ernster Augenschäden. Sensibilisierung durch Hautkontakt möglich. Kann möglicherweise die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen. Personen mit vorhandener Allergie sollten keinen Kontakt haben. Mehr Infos unter: www.igmetall.de/Epoxidharze



Wenn Arbeit krank macht

BARD IN EMDEN

Atembeschwerden, Allergien, Nasenbluten, rote, schuppige Haut und Juckreiz: Das gehört zum Alltag vieler Menschen, die beim Windkraftanlagenhersteller Bard im ostfriesischen Emden arbeiten. Der Grund: Harze machen den Beschäftigten in dieser Branche das Leben schwer. Jetzt fordern sie ihre Chefs auf: Unsere Arbeit darf uns nicht krank machen. **Schützt uns!**



Foto: David Hecker/ddp

Schafe grasen vor Hooksiel an der Nordseeküste auf einem Deich. Im Hintergrund werden die Rotorblätter an eine Test-Windenergieanlage der Bard-Gruppe befestigt. Der Bau von mehr als 2000 Windrädern auf See ist genehmigt oder beantragt. Viele davon baut Bard.

Von Susanne Rohmund

Ostfriesland im Sommer: blauer Himmel, ruhiges Wasser, saftige grüne Wiesen und Schafe auf den Deichen. Hier und da drehen sich die Rotorenblätter einiger Windkraftanlagen. Eine Landschaft wie aus dem Bilderbuch mit überschaubaren Städten. Emden ist eine davon.

Hoffnungsträger Windenergie. Die Emden arbeiten bei Volkswagen, bei den Nordseewerken oder in einem der vielen kleinen Betriebe, die von Urlaubern leben. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und liegt bei rund 10 Prozent. Hoffnung machen neue Firmen, die sich in Emden ansiedeln. Wie die Firma Bard. Ein Vorzeigunternehmen, das Windkraftanlagen baut und aufstellt. Bard repräsentiert die Zukunft Deutschlands: saubere Energie. Und eine Wachstumsbranche, denn rund 700 Arbeitsplätze sind in den vergangenen drei Jahren entstanden. Dazu kommen nochmals rund 300 Leiharbeitsjobs. Draußen im Hafen wurde ein nagelneues Verwaltungsgebäude gebaut und etliche glänzende Produktionshallen. Eine Halle ist so groß, dass die riesigen Rotorenblätter waagrecht hineinpassen.

Eine saubere Fassade. Doch dahinter wird der Gesundheitsschutz nicht eingehalten, klagen die Beschäftigten. Kein Wunder, dass Frank Grabbert, Gewerkschaftssekretär der Emden IG Metall, schockiert ist: »Fast man die

Fortsetzung auf Seite 20 »



Foto: Carmen Jaspersen

Karl Heinemann, ehemals bei Volkswagen beschäftigt, verteilt vor dem Werkstor von Bard in Emden Flugblätter und T-Shirts. »Die haben unsere volle Solidarität«, sagt der aktive Rentner.

Fortsetzung von Seite 19 »

Aussagen der Betroffenen zusammen, scheint es so zu sein, dass alle beschriebenen Gesundheitsprobleme im direkten Zusammenhang mit der Umstellung auf einen neuen Härter für Epoxidharze stehen.«

Schneller und gesundheitsgefährdender.

Fast überall in der Produktion von Rotorenblätter sind Männer und Frauen dem Harz ausgesetzt. Er wird angemischt und verarbeitet. Es

entstehen gesundheitsgefährdende Dämpfe und auch Staub. In den vergangenen Wochen war die Belastung besonders schlimm. Der Grund: Bard hat volle Auftragsbücher und die Zeit drängt, um in den ruhigen Sommermonaten möglichst viele Windanlagen in der Nordsee aufbauen zu können.

Die Beschäftigten sind die Leidtragenden, denn weil die Aufträge rasch abgearbeitet werden sollen, müssen sie mit einem Härter arbeiten, der besonders schnell abbindet. »Und der ist besonders giftig«, bestätigt Wolfgang Hien

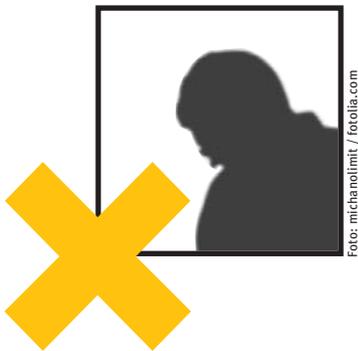
Hien ist Arbeits- und Gesundheitswissenschaftler und Lehrbeauftragter der Universitäten Bremen und Hannover. Er kennt viele Firmen, die mit Epoxidharzen arbeiten. Der Einsatz von gefährlichen Betriebsmitteln wie beispielsweise Harzen unterliegt zwar den strengen Auflagen des Arbeitsschutzgesetzes. Geregelt im Paragraph 3. »Es scheint, dass bei Bard noch erheblicher Nachholbedarf beim Thema Arbeitsschutz besteht«, betont Wilfried Alberts, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Emden.

Keine Schulungen. Mangelhafte oder nicht richtig genutzte technische Einrichtungen, ungenügende Unterweisung im Umgang mit dem Härter und anderen Gefahrstoffen sowie Schulungen, die das Anlegen der Schutzausrüstung erklären: Die Liste der Vorwürfe ist lang. Ein junger Vater, der aus Angst, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, seinen Namen nicht nennen will, beschreibt es so: »Wegen der hohen Staubbelastung hatte ich mehrere Operationen der Atemwege. Es beunruhigt mich, dass ich in der Konfektion im direkten Kontakt mit Epoxidharzen arbeite und nicht weiß, wie gefährlich die Stoffe sind und ob unsere Schutzausrüstung ausreicht. Ich hatte keine Schulung.«

DEIN GUTES RECHT

Maßnahmen, für die der Chef sorgen muss

- Sicherheitsdatenblätter und Gefahrstoffverzeichnis erstellen und aktualisieren.
- Gefährdungsbeurteilung als Grundlage für weitere Maßnahmen durchführen.
- Einsatz weniger gefährlicher Produkte prüfen.
- Staubentwicklung (Schleifarbeiten) durch wirksame Absaugungen vermindern.
- Staubaufwirbelungen vermeiden. Keine offenen Gebinde lagern und tragen.
- Schutzhandschuhe, -kleidung, -brille, Schuhe und Atemschutz in ausreichendem Maße bereitstellen. Richtige Verwendung dieser persönlichen Schutzausrüstungen trainieren, wie das An- und Ausziehen von Handschuhen.



»Als ich vor über einem Jahr bei Bard angefangen habe, bekam ich allergische Reaktionen an den Armen, den Beinen und im Gesicht. Der Juckreiz ließ mich nachts nicht schlafen. Gott sei Dank hörte es nach vier Monaten wieder auf. Aber gesund kann das nicht sein!« ■
Ein Beschäftigter

Kranken wird gekündigt. Besonders betroffen von den schmutzigen Arbeitsbedingungen: die bei Bard eingesetzten Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Sie bekommen nur vereinzelt Unterweisung und Schulung. Etliche von ihnen, die eine Harzallergie bekamen, wurden abgemeldet und dann gekündigt.

Die polnischen Leiharbeiter müssen nach Aussagen ihrer Kollegen die dreckigsten Arbeiten machen und erhalten den schlechtesten Arbeitsschutz. »Und wenn sie krank werden, schickt man sie sofort zurück nach Polen«, lautet die Erfahrung von Hien.

Beschäftigte wehren sich. Seit Januar treffen sich regelmäßig rund 30 Bard-Beschäftigte, die sich nicht mehr alles gefallen lassen wollen. Sie wollen anonym bleiben. Noch ist die Angst vor dem Vorarbeiter, die Angst den Job zu verlieren, groß. Es sind junge Frauen und Männer, die sich regelmäßig treffen. Die meisten sind Ende 20. Viele sind befristet oder als Leiharbeiter beschäftigt. Zu Hause warten Partner, kleine Kinder und Träume von einem Flachbildschirm oder einem Auto. Doch diese Wünsche müssen warten. »Wer gibt schon einem Leiharbeiter einen Kredit?«, erklärt einer von ihnen. In vielen Punkten, die an diesem Nachmittag diskutiert werden, sind sie sich einig: Sie schätzen ihren Arbeitgeber, glauben an die Zukunft der Windenergie und an einen Job mit Perspektive.

Doch sie haben auch Fragen: Warum ist es um den Gesundheitsschutz bei Bard so schlecht bestellt? Warum werden die bei der Produktion von Rotorblättern verwendeten Härter nicht auf den Prüfstand gestellt? Warum haben so viele gesundheitliche Probleme? Die Vorwürfe kochen hoch. Stefan Moldenhauer von der IG Metall moderiert die hitzige Diskussion. Auch er ist schockiert: »Warum schaut die Geschäftsleitung einfach zu?«



Foto: Olaf Jandke / carofoto.com



»Schütz Dich« – mit diesem Slogan und einem selbstentworfenem T-Shirt wollen die Bard-Beschäftigten auf ihre schlechten Arbeitsbedingungen aufmerksam machen. Langarm-T-Shirts, die symbolisch die Arme schützen sollen.

Wenige Wochen später. Morgens um 5 Uhr vor dem Werkstor. Heute starten die Beschäftigten ihre erste Aktion für saubere Jobs. Vor dem Tor werden Flugblätter an die Früh- und Nachtschicht verteilt. Sie informieren über die Gefahren im Umgang mit Epoxidharzen. Rote Langarmshirts mit dem Aufdruck »Schütz Dich – Arbeiten bei Bard darf nicht krank machen« werden verschenkt. Zeitgleich werden auch vor der Bard-Zentrale in Bremen Infoblätter verteilt. »Auf dem Parkplatz haben wir versucht, einige Bard-Manager und -Angestellte für die Probleme der Beschäftigten in der Produktion zu sensibilisieren«, erklärt Metaller Kemal Piskin, der die Bremer Aktion unterstützt.

Es bewegt sich was. Wenige Stunden vor Redaktionsschluss kommt ein Anruf aus Emden: Die Bard-Geschäftsleitung hat zu einer Mitarbeiterversammlung eingeladen. Will sie den Arbeitsschutz jetzt endlich verbessern?

Tatsächlich. Auf der Versammlung wurde immerhin über Gesundheitsschutz geredet. Ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Anschließend bekommt Stefan Moldenhauer viele Anrufe. Die Beschäftigten sind zwar skeptisch. Aber sie wissen auch, dass die Versammlung ein erster Erfolg ist. Denn ohne ihr gemeinsames Engagement hätte ihre Forderung nach besserem Arbeitsschutz kein Gehör gefunden. Und fest steht auch: Mit ihren Aktionen haben die Beschäftigten bei Bard ein Zeichen gesetzt. Ein Beispiel, das auch bei anderen Beschäftigten der Windindustrie Schule machen könnte. ■

GLEICHE ARBEIT?

GLEICHES GELD!

Leiharbeiter bei Bard werden benachteiligt

Ein Job, bis zu fünf verschiedene Löhne – das ist für die meisten Leiharbeiter bei Bard Realität. Und: Viele Beschäftigte berichten, dass es ein Mehrklassen-System beim Arbeitsschutz gibt. Die Festangestellten erhalten die beste Ausrüstung, dann dürfen sich die Leiharbeiter den Rest teilen. Bard ist leider kein Einzelfall. Deshalb hat die IG Metall das Thema Leiharbeit zum Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärt. Ihr Zweiter Vorsitzender, Detlef Wetzels, fordert die Bundesregierung auf, alle Beschäftigten in Leiharbeit vor Missbrauch zu schützen. »Notwendig sind gesetzliche Rahmenbedingungen, die die Verleihdauer einschränken, faire Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung sicherstellen.«

■ Mehr zur IG Metall-Kampagne Leiharbeit, die aktuellen Termine der Infotour sowie Statements der Schirmherren gibt es unter: www.gleichearbeit-gleichesgeld.de

ZU BESUCH
BEI GÜNTER
HORNING

Der IT-Betrieb Hewlett-Packard glich lange einer uneinnehmbaren Festung für Gewerkschaften. Jetzt bei den Betriebsratswahlen erreichten von der IG Metall unterstützte Listen dort ein überraschend gutes Ergebnis. Zu verdanken ist dieser Kulturwandel Metallern wie Günter Horning, die sich beharrlich für die Interessen ihrer Kollegen einsetzen.

Günter Horning, 54, ist ein bedächtiger Mensch. Das sieht man etwa daran, dass er privat in einem Eine-Welt-Laden mitarbeitet. In seiner schwäbischen Wahlheimat Weil der Stadt organisiert er den Verkauf von fairem Kaffee aus Peru und anderen Erzeugnissen aus Lateinamerika und Afrika.

Nicht nur in seiner Freizeit, sondern auch im Beruf gehört Günter Horning zu den Menschen, die sich dafür einsetzen, dass es auf der Welt gerechter zu geht. Er hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich in seinem Unternehmen Hewlett-Packard ein Kulturwandel vollziehen konnte, den viele vor wenigen Jahren noch für unmöglich gehalten hatten.

Der Umschwung. Bei dem IT-Dienstleister Hewlett-Packard hatte man die IG Metall bisher als störenden Faktor betrachtet. Nicht nur die Geschäftsleitung, sondern auch die Mehrheit im alten Betriebsrat war gegen Gewerkschaften eingestellt. Der Umschwung kam mit den Betriebsratswahlen im Frühjahr

Gesund den Job behalten

DER RECHTSFALL

»Minderleister raus«: In der Krise machen Arbeitgeber zunehmend Jagd auf kranke und behinderte Beschäftigte. Schutz kann ein Antrag auf »Gleichstellung« mit schwerbehinderten Beschäftigten bringen.

Immer mehr schleppen sich aus Angst krank zur Arbeit. Das zeigen Umfragezahlen des DGB-Index »Gute Arbeit«. Die Angst ist berechtigt: In der Krise wächst der Druck auf gesundheitlich Beeinträchtigte – und die Zahl der Kündigungen. Ein Teufelskreis: Wer ständig krank zur Arbeit geht, wird noch kranker.

Besonderen Schutz haben Beschäftigte mit anerkannter Schwerbehinderung, also einem Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 50: einen erwei-

Was viele nicht wissen: Diese Schutzrechte können auch Beschäftigte mit geringeren gesundheitlichen Einschränkungen

30%

im Betrieb erlangen: durch einen Antrag auf »Gleichstellung« bei der Arbeitsagentur.

Die Voraussetzungen für die Gleichstellung:

- ein vom Versorgungsamt festgestellter GdB von mindestens 30. Der Begriff »Behinderung« umfasst eine Reihe von chronischen körperlichen und auch psychischen Erkrankungen.
- eine gesundheitsbedingte Gefährdung der Beschäftigungsfähigkeit. Die Indizien hierfür sind etwa häufige Fehlzeiten, verminderte Leistung und Abmahnungen.

Hilfe holen. Das Verfahren birgt viele Stolpersteine. Sicherer läuft es, wenn der Betriebsrat oder noch besser die Schwerbehindertenvertretung die Abläufe koordiniert: Fachgespräche mit den Ämtern mit Arbeitsplatzbesichtigungen im Betrieb steigern die Erfolgsaussichten.

Wer noch keine Schwerbehindertenvertretung im Betrieb hat: Die nächsten Wahlen sind im Herbst. Wahlberechtigt sind Betriebe ab fünf schwerbehinderten Beschäftigten. Und: auch »Gleichgestellte« dürfen wählen. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

WISSEN

GdB und Gleichstellung

Informationen und Tipps zum Antrag auf Feststellung der Behinderung und zum Gleichstellungsverfahren findet Ihr unter:

► www.igmetall.de/gleichstellung-sbv

Mehr zur Behinderten- und Teilhabepolitik der IG Metall und zur Schwerbehindertenvertretung gibt es hier:

► www.igmetall.de/sbv

50%

terten Kündigungsschutz, das Recht auf gesundheitsgerecht gestaltete Arbeit, öffentlich geförderte Maßnahmen und die Betreuung durch Fachdienste. Eine Kündigung ohne vorherige Prävention und Eingliederungsmaßnahmen ist schwierig und nur rechtsgültig, wenn das Integrationsamt zustimmt.

Motor aus Wuppertal treibt Multitalent an

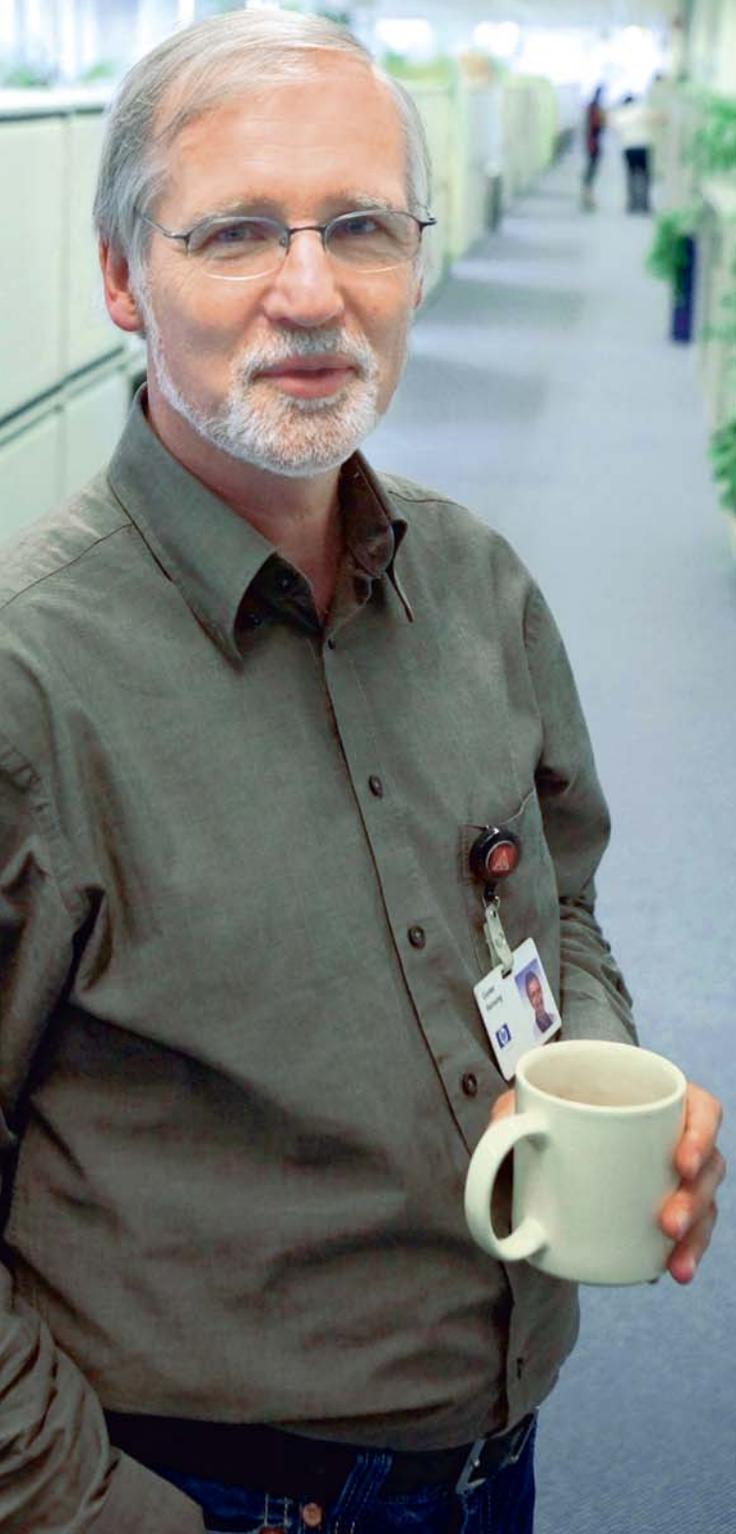
DAS PRODUKT

Der »Thermomix« von Vorwerk beherrscht Multitasking. Er kann nicht nur kochen, dämpfen und mixen. Die Maschine wiegt auch Speisen und macht Eis. Das Gerät wird in Frankreich produziert. Das Herz, ein extrem robuster Motor, kommt aus Wuppertal. Dort arbeiten 18 Beschäftigte in drei Schichten an dem Motor. Die dritte Schicht musste für den Thermomix eingeführt werden, erzählt Betriebsratsvorsitzender Andreas Jatzkowski. Denn in Europa ist das Küchengerät schwer gefragt. ■



Foto: Vorwerk

ich ging's



Metaller wie Hornung drehten die Stimmung bei Hewlett-Packard.

Foto: Joachim E. Roettgers / graffitifoto.de

dieses Jahres. Die Kandidaten der gewerkschaftlich gestützten Listen erreichten deutlich mehr Sitze.

An wichtigen Standorten wie Bad Homburg und in der Zentrale in Böblingen stellen diese Listen erstmals den Vorsitz. Auch der Gesamtbetriebsrat wird jetzt von einem Metaller geleitet: Günter Hornung. Im Gesamtbetriebsrat, in dem die Interessen der 30 deutschen Standorte von Hewlett Packard vertreten sind, ist die IG Metall stärkste Fraktion. »Auf einmal ging's«, freut sich Hornung.

Mensch als Kostenfaktor. Der Stimmungswandel zugunsten einer selbstbewussteren Interessenvertretung war kein Zufall. Seit Jahren fährt Hewlett-Packard eine Sparwelle nach der anderen, kürzt Stellen, setzt Leute vor die Tür, verlangt von der Belegschaft fünf Prozent Gehaltsverzicht ohne Gegenleistung. »Die Mitarbeiter werden heute leider nur noch als Kostenfaktor wahrgenommen«, klagt Hornung. »Die individuelle Arbeitskraft steht in permanenter Konkurrenz mit anderen Ländern, wo man Arbeit billiger einkaufen kann.« Gerade wird der letzte produzierende inländische Standort in Gültstein dicht gemacht und ins Ausland verlagert. Dadurch sind wieder hundert Stellen weg.

Hinzu kamen noch die kleinen schmerzhaften Nadelstiche. So kassierte das Unternehmen den Essenzuschuss für die Mitarbeiter. Für den Einzelnen, der weiter in der Kantine essen möchte, bedeutet das 50 Euro im Monat weniger. Auch die Sparbeschlüsse bei Dienstwagen brachten die Leute gegen die Politik der Geschäftsleitung auf.

Schluss mit Schmusekurs. Der frühere Betriebsrat hatte solche Einschnitte in der Regel abgenickt und der Geschäftsleitung zu wenig Paroli geboten. Irgendwann hatten die Beschäftigten genug von den immer unangenehmer

werdenden Sparmaßnahmen. Die Betriebsratswahl war jetzt die Quittung.

Mit der Eingliederung der Standorte von EDS in das Unternehmen wartet viel Arbeit auf den Gesamtbetriebsrat. Bei EDS hatte die Belegschaft 2009 einen erfolgreichen Arbeitskampf organisiert, der bei den IT-Unternehmen viel Beachtung fand.

»Den Schmusekurs wie in alten Zeiten wird es mit uns nicht geben«, sagt Hornung mit Blick in die Zukunft. Der Metaller will dafür sorgen, dass die Tätigkeit des Gremiums für die Belegschaft transparenter wird. Die Informationen des Betriebsrats werden in Zukunft inhaltsreicher sein. »Ein Betriebsrat ist kein Geheimrat«, sagt Hornung. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Beschäftigte können sich über die Betriebsratsarbeit der Metaller bei Hewlett-Packard in der Zeitung »Standpunkt« informieren. Man findet sie unter:

► www.stuttgart.igmetall.de

→ Betriebszeitungen

→ Nach Themen: Standpunkt



WISSEN

Erfolg für Metaller

In einer ganzen Reihe von IT-Unternehmen hat die IG Metall bei den Betriebsratswahlen gute Ergebnisse erzielen können. Die Wahlbeteiligung hat sich gegenüber den vergangenen Wahlen verbessert. In den Betriebsratsgremien bilden Metaller jetzt an vielen Standorten die Mehrheit.

- Bei Alcatel Lucent Stuttgart stellt die IG Metall 14 von 17 Sitzen im Betriebsrat.
- Bei Nokia Siemens Networks Berlin gingen 12 von 15 Sitzen an Metaller.
- In der Siemens-Konzernzentrale zogen 11 Metaller in den 15-köpfigen Betriebsrat.

»Nie ein Blatt vor'n Mund genommen«

WAS MICH BESCHÄFTIGT

Maria Burgi aus Ulm überstand Krisen, Krieg und Inflation. 81 Jahre hielt sie standhaft zur Gewerkschaft. Jetzt wurde sie Ehrenmitglied der IG Metall.



Maria Burgi ist Ehrenmitglied der IG Metall und mit ihren 97 Jahren immer noch ein Energiebündel.

Du bist in dem Jahr der Weltwirtschaftskrise 1929 der Gewerkschaft beigetreten. Damals herrschte galoppierende Inflation.

Maria Burgi: Geld war nichts mehr wert. Wenn ich von der Arbeit in der Fabrik heimkam, bin ich sofort Brot kaufen gegangen – für eine Billion Reichsmark. Die Lebensmittelmarken von damals hab ich noch.

Im Vergleich dazu: Jammern heute nicht viele Leute auf zu hohem Niveau?

Burgi: So schlecht kann es den meisten nicht gehen, wenn man sieht was sie heut`so alles haben. Aber dass es einigen nicht gut geht, vor allem Frauen mit kleiner Rente, stimmt leider auch.

Unter den Nazis wurdest Du denunziert, weil Du den Hitlergruß verweigert hast.

Burgi: Eine frühere SPD-Genossin hatte mich angeschwärzt. Ich wurde vorgeladen, man drohte

mir sogar mit dem KZ. Das hätte damals böses ausgehen können.

Wie hast Du es geschafft, all die Krisen zu bewältigen?

Burgi: Schon meine Mutter hat mir g` sagt, Mädels, lass dir nix gefallen. Geholfen hat mir immer meine freche Gosche, überall bin ich vornedran gehockt und hab mitreden können.

Nach dem Krieg bist Du Betriebsrätin in der Ulmer Hutfabrik Mayser geworden. Wie schafft man das als berufstätige Mutter von zwei Kindern?

Burgi: Wir haben um die Ecke gewohnt, nur 100 Meter zum Geschäft. Da war vieles leichter.

Und bis zur Rente warst Du dort Betriebsratsvorsitzende?

Burgi: Ja. In unserem Betrieb waren wir zu 99 Prozent organisiert. Wir haben immer für unsere Ziele gekämpft. Oft kamen die Kolleginnen mit einem Problem, das hab ich halt ausgebügelt und dann war der Kittel wieder geflickt.

Was rätst Du Frauen heute im Berufsleben?

Burgi: Geht in die Gewerkschaft, mischt`s euch ein. Wenn mehr Frauen das Sagen hätten, sähe manches anders aus.

Dein Tagesablauf?

Burgi: Leute treffen, ins Cafe gehen, Ausflüge mit der Arbeiterwohlfahrt. Mittagsruhe brauch ich bis heute nicht. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de



Nix wie weg: Urlaub dient der Erholung. Darum gehört es zu den Pflichten eines Chefs, Urlaub nicht nach eigenem Ermessen festzulegen, sondern ihn zu gewähren.

Sommer, Sonne, Urlaub

GUTER RAT

Erholung muss sein. Darum haben Beschäftigte einen gesetzlich garantierten Anspruch auf Urlaub. metallzeitung beantwortet Fragen rund ums Thema.

Wie viel Urlaub steht einem zu?

Nach dem Bundesurlaubsgesetz (BUrlG) beträgt der bezahlte Urlaub bei einer Sechs-Tage-Woche mindestens 24 Werktagen im Jahr. Bei einer Fünf-Tage-Woche gibt es also nur ein Minimum von 20 Arbeitstagen Urlaub.

Wie sind die tarifvertraglichen Regelungen?

Nach fast allen Tarifverträgen der IG Metall haben Beschäftigte einen Anspruch auf 30 Arbeitstage bezahlten Urlaub im Jahr.

Gleiches gilt für Auszubildende. Sie dürfen in vielen Betrieben aber nur während der Berufsschulferien Urlaub nehmen.

Wie berechnet sich Urlaub in einem Ein- oder Austrittsjahr?

Beschäftigte erwerben für jeden vollen Monat des Arbeitsverhältnisses einen Anspruch von je einem Zwölftel des Jahresurlaubs. Dieser sogenannten Teilurlaubsanspruch entsteht, wenn im Kalenderjahr die sechsmonatige Wartezeit noch nicht erfüllt ist



oder das Arbeitsverhältnis vor diesem Zeitpunkt endet. Das gilt auch, wenn die Wartezeit zwar erfüllt ist, aber jemand noch vor dem 30. Juni des Jahres die Firma verlässt.

Darf der Arbeitgeber einfach Betriebsferien anordnen?

Er darf, aber nur in Unternehmen ohne Betriebsrat. Gibt es eine mit dem Betriebsrat ausgehandelte Vereinbarung über Betriebsferien, müssen sich alle daran halten. Auch der Arbeitgeber. Er hat bereits am Jahresanfang den Zeitpunkt anzukündigen und kann diesen nicht beliebig verschieben. Betriebsferien müssen innerhalb der Schulferien liegen, um Mitarbeiter mit Kindern nicht zu benachteiligen.

Wer legt den Zeitpunkt des Urlaubs fest?

Der Arbeitgeber erteilt den Urlaub und hat dabei auf die zeitlichen Wünsche des Beschäftigten Rücksicht zu nehmen. Ausnahmen: Dringende betriebliche Gründe. Oder wenn die sozialen Gesichtspunkte anderer den Vorrang haben, beispielsweise aufgrund schulpflichtiger Kinder.

WISSEN

Es gibt Sonderregeln

- Für Minderjährige regelt das Jugendarbeitsschutzgesetz den Urlaub. Nach diesem haben Auszubildende, die zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht – 16 Jahre alt waren 30, – 17 Jahre alt waren 27, – 18 Jahre alt waren 25 Werktagen Mindesturlaub, und zwar bei einer Sechstage-Woche. Wer zu Jahresbeginn bereits 18 Jahre alt war, dem stehen mindestens 24 Werktagen zu.
- Für Arbeitnehmer mit einem Grad der Behinderung von 50 oder mehr gilt zudem Paragraph 125 SGB IX. Schwerbehinderten steht danach bei einer Fünf-Tage-Woche ein bezahlter Zusatzurlaub von fünf Arbeitstagen im Jahr zu. Der Anspruch erhöht oder verringert sich, wer mehr oder weniger als fünf Tage die Woche arbeitet.

Darf man Jahresurlaub am Stück nehmen?

Grundsätzlich ja. Dringende betriebliche Gründe können jedoch dagegen sprechen. Dann muss der Arbeitgeber aber mindestens einen Urlaubsteil von zwölf aufeinanderfolgenden Werktagen genehmigen.

Darf man Urlaub widerrufen oder zurücknehmen?

Ist der Urlaub für einen bestimmten Zeitraum bewilligt, kann er vom Chef nicht widerrufen werden. Ausnahme: ein betrieblicher Notfall. Doch dafür müsste schon der Zusammenbruch des Betriebs drohen. In einigen IG Metall-Tarifverträgen ist der Urlaubsplan für Arbeitgeber sogar bindend. Abgemacht ist abgemacht – das gilt auch umgekehrt. Arbeitnehmer haben daher keinen Rechtsanspruch, beantragten Urlaub kurzfristig zu verschieben. Eine nachträgliche Änderung ist nur nach Absprache möglich.

Was ist, wenn man im Urlaub krank wird?

Wer ein ärztliches Attest vorlegt, bekommt die Tage der Arbeitsunfähigkeit nicht auf den Urlaub angerechnet. Erkrankten Beschäftigte im Urlaub, müssen sie unverzüglich den Vorgesetzten darüber informieren und mitteilen, wie lange sie voraussichtlich krank sein werden. Das Attest muss spätestens am vierten Tag beim Chef vorliegen (notfalls per Fax). Das gilt auch für Beschäftigte, die während eines Urlaubs im Ausland erkranken. Achtung: Der Arbeitgeber muss ein Attest aus dem Ausland nur anerkennen, wenn es zwischen den Ländern ein Sozialversicherungsabkommen gibt oder die dortige staatliche Krankenkasse das Attest schriftlich bestätigt. Sind diese Kriterien nicht erfüllt, muss er keine Entgeltfortzahlung leisten. Generell verlängert sich der Urlaub nicht automatisch um die Tage der Krankheitszeit. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

IN KÜRZE

Lidl muss »fair« streichen

Der Discounter Lidl darf nicht mehr damit werben, dass er bei Textilien auf faire Arbeitsbedingungen achtet. Mithilfe der Kampagne für saubere Kleidung hatte die Verbraucherzentrale Hamburg den Discounter wegen unlauteren Wettbewerbs verklagt. Lidl behauptete, Aufträge nur an Lieferanten mit fairen Arbeitsverträgen zu vergeben. Dagegen berichteten in Bangladesch Näherinnen über unmenschliche Arbeitsbedingungen bei den Zulieferern. ■



Foto: Peter Denovo / Fotolia.com

Rad fahren und fit bleiben.

Fahrradfreundlich

Wer mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt, ist gesünder. Deshalb unterstützen manche Arbeitgeber ihre radelnden Beschäftigten. Kennt Ihr Beispiele? Was tut Euer Chef, damit mehr Kolleginnen und Kollegen in die Pedale treten? ■ Schickt uns Eure Beispiele: metallzeitung@igmetall.de

Flucht durchgespielt

Was Flucht für Menschen bedeutet, zeigt das Onlinespiel des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen. Im Internet kann jeder seine eigene Flucht durchspielen. Er muss seine politische Überzeugungen verleugnen, all sein Hab und Gut zurücklassen und sich vor seinen Feinden verstecken. ■ Das Spiel steht hier: www.lastextiflucht.org



Foto: Ralph Kerpa / vario images

Wer Fremdsprachen regelmäßig aktiv übt, der braucht nur selten Wörterbücher.

+ TIPP

Lernen mit der BBC:

Englisch-Kenntnisse mit der öffentlich-rechtlichen BBC kostenlos auffrischen:

- »General and Business English«
Der Schwerpunkt liegt auf Englisch für die Arbeits- und Geschäftswelt.
- »Grammar, Vocabulary and Pronunciation«
Übungen zu Grammatik, Vokabeln und Aussprache.
- »Quizzes«
Tests zum Überprüfen der eigenen Sprachkenntnisse. Alle Inhalte, einschließlich vieler Audio-Beispiele, unter: www.bbc.co.uk/worldservice/learningenglish

Mit »Test« informieren:

Kostenlose, umfangreiche Ratgeber und Leitfäden von der Stiftung Warentest:

- »Fit fürs Business«
Englisch für den Job
- »Sprachen lernen«
Tipps, Finanzierung, Kurse
- »Englisch für Fortgeschrittene«
Alle Ratgeber unter: www.test.de/wbinfo dok

Yes, you can!

ENGLISCH FÜR DEN JOB

Englisch-Grundkenntnisse sind heute bei vielen Tätigkeiten Pflicht. Wer sein Englisch verbessert, kommt beruflich weiter. Viele Möglichkeiten führen zu besseren Sprachkenntnissen für Arbeit und Freizeit.

Bereits jeder dritte Beschäftigte in Lager oder Produktion braucht mindestens Englisch-Grundkenntnisse. In technischen Berufen setzen 80 Prozent der Beschäftigten in ihrer täglichen Arbeit eine oder mehrere Fremdsprachen ein. Oft wird Fachvokabular erwartet.

Eine globalisierte Welt bringt auch für kleine und mittlere Unternehmen Kontakte und Kunden aus aller Welt. Ohne Fremdsprachen-Kenntnisse geht dann nichts mehr.

Lebenslanges Lernen. Wer sich auf das in der Schule erlernte Englisch verlässt, der erleidet bald Schiffbruch. Sprachen sind leben-

dig, entwickeln sich weiter. Vor allem bei vielen branchenspezifischen Fachausdrücken stößt das Schul-Englisch an seine Grenzen.

Einige Unternehmen haben deshalb die Notwendigkeit erkannt und bieten ihren Mitarbeitern umfangreiche Weiterbildungsangebote an. Vor allem global agierende Konzerne sind hier Vorreiter.

Auch wenn der eigene Betrieb keine Kurse anbietet, gibt es zahlreiche Möglichkeiten, Englisch zu lernen oder seine Kenntnisse zu vertiefen. Kurse an der Volkshochschule, Sprachreisen ins Ausland, Sprachkurse an Uni oder FH, Computer-Programme oder CDs, Kas-

setten, Filme oder Bücher. Auch regelmäßig englische Texte lesen, Radio hören oder TV sehen verbessert das Englisch. Das kostenlose Angebot der BBC bietet deshalb viele Hörbeispiele an. Eine gute Möglichkeit das Englisch aufzubessern ist es, Filme auf Englisch anzusehen. In Ländern ohne Film-Synchronisationen sind die Menschen in Fremdsprachen fitter.

Stärken kennen. Vor jeder Weiterbildung, egal ob innerbetrieblich, in Kursen oder selbstständig, ist es notwendig, den eigenen Wissensstand zu bestimmen. Nur wer sein eigenes Niveau kennt, kann

den richtigen Kurs wählen. Die bekanntesten Sprachtests sind der TOEFL für die USA und der IELTS für Großbritannien. Beide sind nicht billig, man muss mit ungefähr 150 Euro rechnen. Für fast alle europäischen Sprachen, auch Englisch und Deutsch, gibt es den »GER – gemeinsamen europäischen Referenzrahmen« mit sechs Stufen von A1 bis C2. Viele Sprachschulen bieten dazu kostenlose Einstufungstests an.

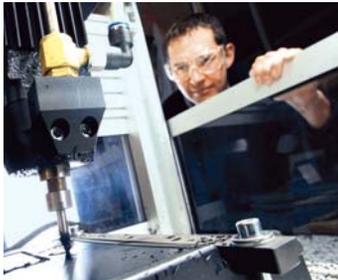
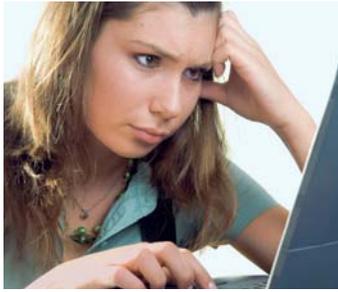
Sind Englisch-Kenntnisse für den Job notwendig, so empfiehlt es sich, einen Kurs mit Abschlussprüfung und Zertifikat zu besuchen. ■

Volker.Beck@igmetall.de

Auf der Suche

BERUFS-ÜBERSICHT

Viele Jugendliche wissen nicht, welchen Beruf sie lernen sollen oder welche Praktikumsstelle für sie geeignet wäre. Eine Tabelle der DGB-Jugend kann helfen.



Fotos: Ralf-Udo Thiele, Alena Yakusheva, Ingo Bartusse, helix / Fotolia.com

ist gut dargestellt und einfach zu verstehen. Da es ziemlich viele Berufe sind, benötigt man allerdings viel Zeit, um sich alle in Ruhe durchzulesen.

Die Informationen sind perfekt für Schüler, die sich für einen Beruf interessieren oder auf einem bestimmten Gebiet eine Ausbildung suchen, die ihren Vorstellungen und Wünschen entspricht. So lässt sich leichter eine Entscheidung treffen für ein Praktikum oder den Berufswunsch. Es gibt Infos, ob man für den Traumjob den geeigneten Schulabschluss hat und die Voraussetzungen mitbringt. Interessant kann diese Übersicht aber auch für Menschen sein, die sich nur mal anschauen wollen, wie die Statistiken sind. Zum Beispiel welche Berufe eher von Hauptschülern, Realschülern oder Abiturienten ausgeübt werden. ■

Man findet die Tabelle im Internet:

► www.dgb-jugend.de

- Schule
- Berufswahl
- Berufsausbildung
- 150 Berufe im Überblick

Büro, Frisör, Werkbank oder Labor? Eine Tabelle hilft bei der Berufswahl.

Die Übersicht »Möglichkeiten ohne Grenzen – 150 Berufe im Überblick« der DGB-Jugend teilt viele Ausbildungsberufe in übergeordnete Kategorien ein. Zum Beispiel »An der Maschine«, »Informationstechnologien anwenden« oder »Natur und frische Luft«. Dazu kommt, dass sie Plus- und Minuspunkte aufzeigt. Das heißt, man sieht, was klasse an einem Beruf ist und was nicht.

Zum Beispiel Teamarbeit, selbstständiges Arbeiten, vielseitige Tätigkeiten als Pluspunkte und Termin- und Zeitdruck, Lärm oder Hitze am Arbeitsplatz als Minuspunkte.

Alles im Überblick. Außerdem wird die Dauer der Ausbildung gezeigt, die Voraussetzungen sowie das Einkommen während und nach der Ausbildung. Alles

Das Recht auf ein Praktikantenzugnis

In vielen Firmen werden Praktikanten aufgenommen und betreut, aber hat man am Ende eigentlich ein Recht auf ein Zeugnis? Ja, jeder Praktikant hat ein Recht darauf. Es gibt zwei verschiedene Arten von Zeugnissen: Ein einfaches und ein qualifiziertes Zeugnis. Es kommt darauf an, ob man ein kurzes,

ein- bis zweiwöchiges Schulpraktikum oder ein langes Praktikum macht. Ist es ein Pflichtpraktikum, zum Beispiel ein Schulpraktikum, so hat man das Recht auf ein einfaches Zeugnis, das Art, Dauer, Aufgaben und erworbene Fertigkeiten beschreibt. Ansonsten sind qualifizierte Zeugnisse üblich. Diese beweren

ten auch die Leistung und das Verhalten am Arbeitsplatz.

Alle Arten von Berufszeugnissen wirken immer positiv in einer Bewerbungsmappe, da man dadurch erste Berufserfahrungen und seine Arbeitshaltung nachweisen kann. Daher: Immer am Ende des Praktikums nach dem Zeugnis fragen! ■

IN KÜRZE

Wohin zur Beratung?

Wer sich weiterbilden will, hat viele Fragen. Was bringt eine Umschulung? Wo gibt es Geld für teure Lehrgänge? Unabhängige Beratungsstellen bieten Orientierung und helfen bei der Entscheidung. Der Leitfaden »Wohin zur Beratung?« der Stiftung Warentest sagt, wer wo am besten aufgehoben ist und bietet Tipps für die Kursuche. Ein PDF gibt es unter www.test.de/wbinfodok. ■



Hans Böckler Stiftung

Bis 30. September 2010 bewerben für das Sommersemester 2011.

Böckler fördert fairer

Begabtenförderungswerke fördern privilegierte Studierende: 51 Prozent ihrer Stipendiaten stammen aus einem hochgebildeten Elternhaus. Die Hans-Böckler-Stiftung ist da gerechter: 28 Prozent der Stipendiaten stammen aus niedrig-, 29 Prozent aus mittel- und nur 21 Prozent aus hochgebildeten Elternhäusern. ■

Nebenbei jobben

Immer mehr Azubis gehen nebenbei jobben, weil die Ausbildungsvergütung für ihre Grundversorgung zu gering ist. Laut einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung besetzt jeder vierte Auszubildende mit einer Nebentätigkeit sein Einkommen auf. Im Schnitt arbeiten die Jugendlichen 9,2 Stunden pro Woche zusätzlich zu ihrer Ausbildung. ■

Du kannst nicht einfach die Brocken hinschmeißen, wenn's schwierig wird!

Wieso?! Sind Politiker keine Vorbilder mehr?

